

Brennpunkt Afghanistan

Hermann H a g e n a

Afghanistan – ein sinnloser Krieg?

Arne C. S e i f e r t

Den Krieg in Afghanistan beenden und
sofort zu einer politischen Regelung
übergehen

DSS-Arbeitspapiere

Heft 102 - 2011

Herausgeber: **Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS)**

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorfer Straße 3 01257 Dresden

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. informiert
über Vorhaben und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

Sie finden uns unter <http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>.

Inhaltsverzeichnis

| | <u>Seite</u> |
|--|--------------|
| Hermann Hagen | |
| Afghanistan – ein sinnloser Krieg? | 3 |
| Arne C. Seifert | |
| Den Krieg in Afghanistan beenden und sofort zu einer politischen Regelung übergehen | 37 |
| <u>Redaktioneller Anhang</u> | 45 |
| Anlagen: Übersichten, Karten | 45 |
| Bild- und Kartennachweise | 55 |
| Über die Autoren | 57 |

Redaktion und Druckvorbereitung: Dr. Joachim Klopfer

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Tel.: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren! Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitung nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 30. Januar 2011 (Korr.: 16.02.2011)

Kostenbeitrag: 5,00 Euro

Hermann H a g e n a

Afghanistan: ein sinnloser Krieg? (*)

Quod ab initio vitiosum est non potest convalescere tractu temporis.
Was schon im Ansatz verfehlt ist, wird auch im Lauf der Zeit nicht besser.

Römische Rechtsregel

Einleitung

Nichts Bessres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
 Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
 Wenn hinten, weit, in der Türkei,
 Die Völker aufeinander schlagen.

Goethe, [Faust, I, 2 (Anderer Bürger)]

Das Thema indessen, das hier zu erörtern ist, über den Krieg in einem fernen Land, betrifft eine ernste Sache. Es ist zudem ungewöhnlich schwierig, auch für den, der sich Jahrzehnte berufsmäßig mit der Theorie und Praxis von Kriegen und Konflikten befassen musste. Die vertraute Begriffswelt der NATO trägt schon lange nicht mehr. Die NATO ist kein Bündnis nur zur Verteidigung eines geographisch genau definierten Bündnisgebietes mehr; ob es noch die ursprüngliche Wertegemeinschaft ist, darüber kann man mit Fug und Recht streiten – nach Guantanamo, Abu Ghraib, Baghram und dem Abarbeiten einer „Targeted Killing-Liste“ mittels Drohne und gelenkter Rakete. Dass der „Nordatlantikpakt“ „bis zum Wendekreis des Krebses“ inzwischen nicht nur Mittelmeer und Ostsee, sondern auch das Schwarze Meer als Einsatzgebiet der NATO umfassen soll, ist fast eine Petitesse, wie auch die Tatsache, dass der Bürgerkrieg, der seit dem Abzug der sowjetischen Invasoren 1989 seit nunmehr 20 Jahren in Afghanistan tobt, in der Sprache der Sicherheitspolitiker und Völkerrechtler als nicht-internationaler bewaffneter Konflikt“ gilt – mit erheblichen völkerrechtlichen Folgen.

Letztendlich ist auch der Islam weder eine Religion wie jede andere, noch gibt es ein einheitliches oder verbindliches Verständnis des Islam, für den die Taliban vorgeben zu kämpfen. Das macht einen Teil der Schwierigkeiten aus. Die Taliban, in der Berichterstattung und in Verlautbarungen von Politikern gern als hinterhältig und feige bezeichnet, kämpfen fanatisch und grausam. Aber feige?

(*) Der Beitrag ist die bearbeitete Fassung eines am 6. November 2010 am 90. Gründungstag des Clausthaler Wingolfs an der Universität Marburg gehaltenen Vortrags.

Eine andere Schwierigkeit ist, dass wir alle auf Nachrichten angewiesen sind, von denen wir selten wissen, ob sie der Wahrheit wenigstens nahekommen.

Macht der militärische Einsatz Sinn?

Der Sinn des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan wird in der fernen Heimat zunehmend in Frage gestellt. Die Allensbacher Demoskopien haben ermittelt, dass die Zustimmung insbesondere zu den sogenannten friedens-erzwingenden Maßnahmen weiter sinkt. Darunter versteht man Einsätze, bei denen militärische Gewalt nicht nur zum Schutz eigener, zum Wiederaufbau eingesetzter Kräfte und zur Selbstverteidigung angewendet werden muss, sondern „pro-aktiv“. Solche Bundeswehreinätze haben in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr, weil sie von vielen als sinnlos empfunden werden.

Militärs, dem Primat der Politik verpflichtet, sehen den politischen Zweck eines Krieges (oder einer „Stabilisierungsoperation“) als vorgegeben an. In seiner Lagebeurteilung prüft der militärische Führer Eignung, Durchführbarkeit und Annehmbarkeit der geplanten militärischen Maßnahme und übt dabei allenfalls indirekt Kritik an dem politischen Zweck, wenn er fragt:

- Ist die Maßnahme prinzipiell geeignet, das Problem zu lösen oder den politischen Zweck zu erfüllen?
- Ist sie mit den vorhandenen oder zur Verfügung gestellten Mitteln durchführbar? (Reichen die Kräfte aus?)
- Ist sie bei einer Betrachtung von Kosten, Verlusten und Risiken im Vergleich mit den zu erreichenden Zielen annehmbar?

Exkurs

Auch vor Ort muss die Sinnfrage immer wieder beantwortet werden. Am 19. Mai 2008 sind die Soldaten des deutschen Provincial Reconstruction Team (PRT) in Kundus zu einem Gedenkkappell vor dem Ehrenhain im Feldlager Kundus angetreten. Ein schlichter Stein erinnert an die Opfer eines Selbstmordattentats in der nordafghanischen Stadt vor einem Jahr, dem drei Bundeswehrsoldaten und fünf afghanische Polizisten zum Opfer fielen. Der deutsche Botschafter in Kabul, Hans Ulrich Seidt, stellt in seiner Rede die Frage nach den Gründen ihres Todes. Er nennt die traditionelle Freundschaft zwischen Deutschland und Afghanistan und die menschliche Solidarität mit diesem geschundenen Land, vor allem aber betont er:

„Nur wenn dieses Land in eine sichere Zukunft geht, werden wir in Deutschland und Europa auch sicher sein.“

Ob dieses letzte Argument die Bundeswehrsoldaten überzeugt hat, die da in Reihe und Glied, auf Tuchfühlung mit dem Nebenmann, in der sengenden Morgenhitze in Paradeaufstellung stehen? Sie lauschen der Ansprache des Gouverneurs der Provinz Kundus, Mohammad Omar, der sagt: „Lasst die Tapferkeit der Opfer Ewigkeit werden und die Sonne des Friedens in meinem und in Ihrem Land strahlen.“

Mohammad Omar war ein unerschrockener Mann, der nur noch zwei Jahre zu leben hatte. Die Bundeswehr konnte ihn nicht schützen. Am 8. Oktober 2010, beim Freitagsgebet in einer Moschee der Nachbarprovinz Tachar, die ebenfalls zum Einsatzgebiet der Bundeswehr gehört, wurde er (mit 14 weiteren Gläubigen) Opfer eines Bombenanschlags.

Wahrscheinlich bewegte nicht alle deutschen Soldaten nur der in den Reden beschworene Idealismus für den Auslandseinsatz. Für Tapferkeit gab es in der Bundeswehr damals noch keine Auszeichnungen. Die Risiken von Auslandseinsätzen wurden hierzulande vor allem mit steuerfreien Zulagen abgegolten. Für besondere Leistungen hielt die Führung immerhin das Bundesverdienstkreuz bereit – einen Orden, der selbst vor einem Entertainer wie Dieter Bohlen nicht halt macht, wie ein Lehrgangsteilnehmer an der Führungsakademie der Bundeswehr in seiner Jahresarbeit bitter anmerkte.

Ob in Deutschland ausreichend vermittelt wird, dass der Einsatz in Afghanistan sinnvoll ist, dass die Sicherheit Deutschlands „am Hindukusch verteidigt“ wird, das ist die Frage, die sich jedenfalls auch die Nachdenklichen unter den deutschen Soldaten stellen, vom Gefreiten bis zum General. Dass Peter Struck selbst an den von ihm geprägten flotten Spruch glaubt, darf man bezweifeln. Die Verantwortlichen für den nun fast zehn Jahre dauernden Einsatz der NATO in Afghanistan müssen jedenfalls immer wieder die folgenden Fragen beantworten:

- Sind die erklärten Ziele erreicht, sind wir ihnen nähergekommen, oder haben wir uns weiter von ihnen entfernt?
- Sind die Ziele der Internationalen Gemeinschaft mit der bisherigen Strategie, den eingesetzten Mitteln, den jetzigen afghanischen Partnern unter Veranschlagung von wesentlich mehr Zeit erreichbar?
- Wären die NATO-Staaten und ihre Bevölkerung zu einer wesentlichen Aufstockung ihrer personellen Mittel und zu einer Änderung ihrer Strategie einschließlich der Inkaufnahme deutlich höherer Opferzahlen bereit?

Wie alles anfing: Ein Blitzkrieg mit gemieteten *Warlords* und eine Konferenz auf dem Petersberg

Es ist Ende September 2001. Bush sitzt mit seinen außen- und sicherheitspolitischen Beratern im Weißen Haus zusammen. Gerade hatte er dem „Terror“ den Krieg erklärt, und nun musste jemand her, der als Feind taugte. Die Taliban boten sich an. Hatten sie doch Al Qaida und ihrem Anführer Osama bin Laden Ausbildungslager für seine Terrortruppe und einen sicheren Rückzugsraum geboten.

Aber warum gerade Afghanistan? Die Attentäter des 11. September waren keine Gotteskrieger aus Afghanistan, sondern, wie ihr Anführer Mohammed Atta, Saudis oder Ägypter. Ihre Flugausbildung hatten sie in Florida erhalten und nicht in den Trainingscamps, die Osama bin Laden im Grenzgebiet von Afghanistan und Pakistan betrieb. Mohammed Atta war in einer Hamburger Moschee indoktriniert worden. Bis 1998 waren die Taliban sogar von den USA hofiert worden, weil man ihnen am ehesten zutraute, in Afghanistan für stabile und ruhige Verhältnisse zu sorgen. Mit den Anschlägen auf die US-Botschaften am 7. August 1998 in Ostafrika änderte sich das Bild. Präsident Clinton ordnete Wochen später einen Vergeltungsangriff mit Marschflugkörpern gegen Ausbildungslager von Al Qaida im Grenzgebiet von Afghanistan an.

Nach dem 11. September wurde Afghanistan endgültig das erste Opfer des „Global war on terror“, also des globalen Kriegs gegen den Terror. Die amerikanische Öffentlichkeit schrie nach Vergeltung. Man durfte keine Zeit verlieren, scheute aber begreiflicherweise den Einsatz amerikanischer Truppen in dem fernen und unwirtlichen Afghanistan. Der CIA-Vertreter bei der Besprechung im Weißen Haus hatte die Lösung parat: Man würde eine Koalition mit der Nordallianz eingehen, der einzigen Gruppierung, die gegen den Siegeszug der Taliban in Afghanistan immer noch hartnäckig Widerstand leistete.

Dem erfolgreichen Krieg gegen die sowjetischen Besatzer hatte sich, wie erinnerlich, ein über zehnjähriger Bürgerkrieg um die Macht in Afghanistan angeschlossen. Die Nordallianz war ein lockeres Bündnis, das von Ahmed Shah Masoud angeführt wurde. Der war – ein Zufall? – zwei Tage vor dem 11. September ermordet worden, wodurch die Nordallianz ihren charismatischen Führer verlor.

Übrig blieben eher umstrittene Gestalten wie der Usbeke Rashid Dostum und der schillernde Paschtune Gulbuddin Hekmatyar.

Für die brauche man natürlich „Anreize“. 200 Millionen Dollar sollten genügen. „Kann man denn diese Stämme kaufen?“, wollte George W. Bush wissen. „No Sir“, antwortete der CIA-Mann, „aber man kann sie mieten“.

Der weitere Ablauf der kurzen und vordergründig zunächst erfolgreichen US-Intervention im Oktober und November 2001 ist bekannt. Die Taliban leisteten einen knappen Monat (Oktober 2001) gegen die Offensive der Nordallianz Widerstand, bevor sie von der amerikanischen Luftwaffe aus ihren Stellungen im Norden herausgebombt wurden. Fast fluchtartig verließen sie das Land. Die Nordallianz, überwiegend bestehend aus Usbeken und Tadschiken, brauchte nur nachzurücken. Lediglich Kundus und Kandahar leisteten noch eine Weile Widerstand.

Hamid Karzai

Auf dem Bonner Petersberg versammelten sich bereits im Dezember 2001 die Hauptbeteiligten, um über die Zukunft Afghanistans zu beraten, eine vorläufige Regierung einzusetzen und sich auf gemeinsame Ziele für Befriedung und Wiederaufbau zu einigen.¹ Der 2001 eigentlich nur Afghanistan-Experten bekannte Hamid Karzai, ein Paschtune, machte das Rennen für den Posten des vorläufigen Ministerpräsidenten. Seine Hauptqualifikation war nicht so sehr seine Teilnahme am Kampf der Mudschaheddin gegen die sowjetische Invasion, den er von einem Büro in Peschawar mit dirigierte. Eher schon zählte die Tatsache, dass er eine Zeitlang in den USA gelebt und sich als Berater der großen Ölfirma UNOCAL betätigt hatte, die wiederum in den neunziger Jahren versucht hatte, mit Turkmenistan ins Pipeline-Geschäft zu kommen. Bis 1998 hielt Karzai enge Kontakte zu den Taliban. Die erfreuten sich noch bis 1997 amerikanischer Unterstützung, weil die USA damals annahmen, nur sie könnten die für den Bau und Betrieb einer von UNOCAL geplanten Pipeline durch Afghanistan erforderliche Sicherheit garantieren.

In Bonn war übrigens Hamid Karzai nicht dabei. Er war nach Kandahar entsandt worden, um über die Übergabe dieser Hochburg der Taliban zu verhandeln. Angeblich hatte er den afghanischen Taliban und „Amir“ Mullah Mohammed Omar freien Abzug zugesichert, wenn sie dem Terrorismus abschwören würden. Er handelte sich dafür eine strenge Rüge von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ein, aber Mullah Omar konnte entkommen und ist heute noch auf freiem Fuß. Ob der geschmeidige Karzai dem Amir-ul Momineen, dem „Führer der Gläubigen“, nicht weh

1 Näheres dazu u. a. bei Wikipedia: Petersberg-Prozess, unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Petersberg-Prozess> (20.01.2011).

tun oder sich einfach für künftige Zeiten Optionen erhalten wollte – wer weiß das bei den Afghanen so genau. Jedenfalls konnte Mullah Omar mit- samt der Kriegskasse entkommen; die Taliban behielten damit ihren An- führer, dem sie wahrscheinlich ihren Wiederaufstieg zur stärksten Bürger- kriegspartei zu verdanken haben.

Dieser Zwischenfall in Kandahar unterstreicht die von Anfang an schwie- rige politische Lage der Regierung Karzai. Die Vereinigten Staaten haben die in Bonn vereinbarten Regeln praktisch erzwungen und einen ihnen ge- nehmten Regierungschef eingesetzt. Ob Karzai auch bei den Afghanen über Rückhalt und Vertrauen verfügte, schien weniger wichtig.

Seine Übergangsregierung wurde im Bonner Abschlusskommuniqué 2001 gleichwohl als erster Schritt gefeiert zu einer „auf einer breiten Basis stehenden, gegenüber Frauenfragen sensiblen, multi-ethnischen und voll- kommen repräsentativen Regierung“ (!).² Das war kaum mehr als eine wohlklingende diplomatische Phrase. Sie verschleierte, dass die neue Re- gierung von den regionalen Machthabern allenfalls geduldet wurde und die eigentliche Macht bei den Warlords mit ihren Milizen lag.

Die Nordallianz, also die Tadschiken, Usbeken und Hararas, die eigentlich Anspruch auf den Ministerpräsidenten gehabt hätte, wurde mit siebzehn der dreißig Ministerposten abgefunden, darunter die Schlüsselpositionen Außenpolitik, Verteidigung und Innenpolitik. Ihre Milizen kontrollierten den größten Teil Nord- und Westafghanistans inklusive Kabul. Dafür be- kamen die „Royalisten“, wie die Karsai-Gruppe bezeichnet wurde, zwar das Spitzenamt, aber nur neun Ministerposten. Nach zwei Jahrzehnten Krieg – zehn Jahre Kampf gegen die sowjetischen Invasoren und ebenso lange Bürgerkrieg fast aller gegen alle – sollte Hamid Karsai nun

- den zügigen Neuaufbau dieses gespaltenen, geschundenen und bettel- armen Landes in die Wege leiten,
- die USA bei der Verfolgung von Al Qaida, der sog. „Operation Endu- ring Freedom“, unterstützen,
- beim sinnvollen Einsatz der beträchtlichen Hilfsgelder beraten und
- die Arbeit der zivilen und militärischen Aufbauhelfer koordinieren.

Bei alledem musste Karzai hoffen, dass seine Minister mit ihm an einem Strick (und möglichst in die gleiche Richtung!) zogen.

2 So in: AGREEMENT ON PROVISIONAL ARRANGEMENTS IN AFGHANISTAN ... – „these interim arrangements are intended as a first step toward the establishment of a broad-based, gender-sensitive, multi-ethnic and fully representative government“; Volltext des Dokuments (engl.) unter <http://www.un.org/News/dh/latest/afghan/afghan-agree.htm>. (10.01.2011)

Wie sich aber schnell herausstellte, einte die meisten Mitglieder seines Kabinetts wenig außer dem Wunsch, aus der neuen Stellung soviel Kapital für die eigene Klientel und für sich selbst heraus zu schlagen wie irgend möglich.

Die vorläufige Agenda vom Petersberg

Dazu war in Bonn neben den Maßnahmen, die keinen Aufschub duldeten, auch eine Art mittelfristiges Regierungsprogramm beschlossen worden. Das sah im einzelnen vor:

- Verhinderung der Rückkehr von Al Qaida und Festnahme von Osama bin Laden, sowie Befreiung der Bevölkerung von den Taliban,
- Schaffung zentraler Institutionen (Verwaltung, Polizei und Armee),
- Wiederaufbau und Stabilität (Infrastruktur, Gesundheits- und Bildungswesen, Landwirtschaft),
- Herstellung von innerer und äußerer Sicherheit,
- Demokratie, Menschen- und Frauenrechte.³

Im Rückblick war wohl allen Beteiligten klar, dass die vorläufige Regierung mit diesem Programm hoffnungslos überfordert war. Ob man sich über die Folgen der Forderung nach Demokratie und zentralen Institutionen Gedanken gemacht hat, scheint zweifelhaft. Und ganz sicher hat man nicht berechnet, welche Kräfte denn erforderlich sein würden, um zu verhindern, dass die Taliban aus den Grenzgebieten von Pakistan wieder zurückkehrten.

2007: eine ernüchternde Bilanz

Die wichtigsten Ereignisse der ersten fünf Jahre sollen hier nicht erörtert, sondern nur kurz rekapituliert werden: die allmähliche Aufstockung der Kräfte; die Aufteilung in Zuständigkeitsbereiche⁴; die Einrichtung von Eingreifverbänden; die Einführung von gepanzerten oder mindestens minengeschützten Fahrzeugen (Bild 1, S. 10); die Zusammenführung der zunächst getrennten Missionen von OEF (Operation Enduring Freedom, für die die USA zuständig waren) und der Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF (International Security Assistance Force, die im Auftrag der UNO für Sicherheit in der Fläche zuständig war).

3 Näheres: Wikipedia, Petersberg-Prozess; unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Petersberg-Prozess>. (20.01.2011)

4 Siehe dazu Tabelle und Karte/Grafik Seiten 51/52.



Bild 1: Transportpanzer „Fuchs“⁵

2007, also sechs Jahre später, zog die internationale Gemeinschaft eine Bilanz der bisherigen Anstrengungen. Sie fiel ernüchternd aus. Die Taliban waren nach ihrer Flucht im November 2001 wieder zurückgekehrt und hatten vielerorts verlorenes Terrain zurückerobert, zunächst vor allem in den Paschtunengebieten im Süden. Der von den Taliban in ihrer letzten Phase verbotene Mohnanbau hatte sich gegenüber 2001 vervielfacht. Osama bin Laden war untergetaucht. Bombenattentate und bewaffnete Überfälle der Taliban nahmen erst langsam, dann exponentiell zu.

Mit dem *Compact von London*⁶ hatte die „Internationale Gemeinschaft“ 2006 einen neuen Anfang verkündet. Tatsächlich konnte man sogar in diesem Dokument „zwischen den Zeilen“ der Grundsätze erkennen, was schiefgelaufen war.

5 Nachweis zu Quellen und Lizenzen aller Bilder/Grafiken in diesem Heft auf Seiten 55/56.

6 <http://unama.unmissions.org/Portals/UNAMA/Documents/AfghanistanCompact-English.pdf>

Grundsätze der Zusammenarbeit („London Compact“, 01.02.2006) und ein Investitionsplan

- Achtung von Kultur, Werten und Geschichte auf der Grundlage des Islam
- Berücksichtigung der Traditionen des afghanischen Volkes
- Gleichberechtigung von Männern und Frauen
- Partnerschaft zwischen afghanischer Regierung und der internationalen Gemeinschaft, mit koordinierender Rolle der Vereinten Nationen
- Streben nach finanzieller, institutioneller und ökologischer Nachhaltigkeit
- Aufbau ziviler Institutionen unter Beteiligung von Männern und Frauen
- Gleichbehandlung aller Regionen bei der Verteilung von Ressourcen
- Kampf gegen Korruption
- Transparenz und Verantwortlichkeit.

Es blieben wichtige Fragen und offene Widersprüche, z. B.: Welche Werte des Islam sind gemeint, und wie verhalten sich diese zu achtenden „Werte des Islam“ zu den allgemeinen Menschenrechten? Und warum werden die Menschenrechte, die in der Abschlusserklärung von Bonn noch eine große Rolle spielten, im Compact nicht einmal mehr erwähnt? Schließlich: Wer hat bei der „partnerschaftlichen“ Zusammenarbeit von afghanischer Regierung, „Internationaler Gemeinschaft“ und Vereinten Nationen im Zweifel das Sagen?

Mit der Notwendigkeit besserer Koordinierung wurde dazu ein Kernproblem der Entwicklungshilfe – allerdings reichlich spät – angesprochen.

In der Regel versuchten die Geberländer darauf zu achten, dass ein Teil des Geldes zurückfließt und dass eigene Kapazitäten ausgelastet werden.

Oft wurden sehr junge Mitarbeiter in das Empfängerland gesandt, um Erfahrungen zu sammeln; auf Sprachkenntnisse wurde viel zu wenig Wert gelegt; auch wurde der eigene Einsatz nicht mit den NGOs anderer Länder abgestimmt. Die Stehzeiten der Mitarbeiter wurden oft viel zu kurz angesetzt. Allgemein gesprochen gibt es viel zu wenig Qualitäts- und Erfolgskontrolle. Dass auf diese Weise Milliarden vergeudet wurden, lag auf der Hand. Bei einem bekannten großen Vorzeigeprojekt, dem Ausbau der Straße von Kabul nach Kandahar, wurde von der US-Baufirma so schlechtes Material verwendet, dass schon nach zwei Jahren umfangreiche Reparaturen notwendig wurden.

Der in London ebenfalls vereinbarte Investitionsplan⁷ sah die Verbesserung der Infrastruktur und von Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und Sozialfürsorge vor. Er zielte daneben auf wirtschaftliche Regierungsführung und den Ausbau der Privatwirtschaft hin. Das machte natürlich

⁷ Dieser Plan ist integrierter Teil des Afghanistan Compact (siehe auch Fußnote 6).

Sinn. Die Frage der Realisierbarkeit hing und hängt indessen von der Herstellung sicherer Lebens- und Arbeitsbedingungen ab.

Das setzte eine funktionierende Verwaltung voraus und die Bereitschaft der westlichen Länder, im wesentlichen also der USA und der EU, die erforderlichen Mittel, Geld und Experten zur Verfügung zu stellen.

Ein illusionärer Zeitplan

Viele hehre Absichtserklärungen, keine Frage – aber wie die Chancen der Umsetzung aussahen, zeigt ein Blick auf den Zeitplan für Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.

- Bis 2007 sollten alle bewaffneten Gruppen aufgelöst werden.
(Nach einer Aussage des deutschen Generals Dieter Warnecke handelte es sich dabei immerhin um 2 500 Gruppen mit einer Gesamtstärke von etwa 120 000 Personen.⁸⁾)
- Bis 2010 sollten die afghanischen Sicherheitskräfte (Afghan National Army ANA) weiter durch ISAF *unterstützt* und eine „ethnisch ausgewogene“ Polizei von 62 000 Mann gebildet werden.
- Im gleichen Zeitraum wollte man die minenverseuchten Gebiete um 70% reduzieren.

Die meisten Termine waren in der Durchführung schon Makulatur, bevor die Tinte der Unterschriften getrocknet war. Und selbst das Erreichen der Soll-Zahlen in der Ausbildung der Polizei war für die Sicherheitslage fast bedeutungslos, solange die ausgebildeten Kräfte so miserabel bezahlt wurden, dass sie lieber mit ihren neu erworbenen „Fähigkeiten“ und meist noch unter Mitnahme ihrer Waffen in den Dienst eines örtlichen Warlords oder Drogenbarons traten, der deutlich mehr zahlte als der Staat.

Der Drogenanbau

Die 2006 gemeldete bescheidene Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens auf rund 400 US-Dollar stammte vor allem aus dem Drogenanbau. Eine Aufstellung des Aufwuchses der Anbauflächen von Schlafmohn war im Rahmen einer Betrachtung der über fünfjährigen Aufbauarbeit mehr als ernüchternd. (Siehe dazu auch im Anhang die Seiten 46 und 53.)

Bereits am 28. November 2003, also zwei Jahre nach Übernahme der Regierungsgewalt, konnte man einer Reuters-Meldung⁹ entnehmen, dass

⁸ Innere Führung 1/2008 S. 6.

⁹ Einsehbar unter <http://209.157.64.201/focus/f-news/1030413/posts> (10.01.2011). [Zuvor

im Jahre 2003 die Anbaufläche von Schlafmohn 36-mal so hoch war wie im letzten Jahr der Talibanherrschaft. Sie stieg nach Angaben des dem Weißen Haus zugeordneten Büros für Drogenkontrolle von 1 685 auf 61 000 Hektar. Zur Erklärung hieß es, dass Präsident Karsai seine Regierungsgewalt noch nicht über alle Teile Afghanistans ausgedehnt habe. Eingeräumt wurde: „Der Anbau von Schlafmohn ist ein größeres und zunehmendes Problem. Anbau und Handel mit Drogen unterminieren den Rechtsstaat und tragen zur Finanzierung der Terroristen bei.“ Der Umfang der Produktion wurde von UN und Regierung auf eine Menge zwischen 2 800 und 3 600 Tonnen geschätzt. Inzwischen „deckt“ Afghanistan angeblich 50 % des weltweiten und 80 % des europäischen Verbrauchs an Opium.

Erst jetzt (2006!), mit dem Londoner Afghanistan Compact, wurde die Bekämpfung des Drogenanbaus zum vordringlichen Ziel erklärt. Man will dabei mit den Nachbarstaaten eng zusammenarbeiten, sieht die Notwendigkeit, den Bauern alternative Einkommensquellen zu erschließen, verspricht „Null-Toleranz“ gegenüber korrupten Beamten und erklärt schließlich den Drogenhandel für unmoralisch und eine Verletzung der Gebote des Islam.

Die US-Erfolgsbilanz von 2007 – ein eher unvollständiges Bild der Wirklichkeit

Immerhin konnten die USA 2007 eine Reihe von Erfolgen vermelden.

- 80 % der Afghanen hatten Zugang zu medizinischer Versorgung (2001 nur 8 %).
- 5 Millionen Kinder gingen wieder zur Schule (2001 nur 600 000).
- Die finanzielle Hilfe für Afghanistan addierte sich 2007 auf 27 Mrd. US-Dollar.
- 4 Millionen (von 6 Millionen) Flüchtlingen kehrten zurück.
- 9 000 km geteerte Straßen wurden gebaut.
- Das Wirtschaftswachstum lag zwischen 12 und 14 %.
- Das Pro-Kopf-Einkommen verdoppelte sich auf 355 US-Dollar.

Negative Entwicklungen wie die Rückkehr der Taliban und die damit verbundene Ausdehnung der Gewalt in den ursprünglich ruhigen Norden wurden zwar nicht gezeugnet. Aber eine Bereitschaft, sie als die logische Folge einer jedenfalls teilweise verfehlten eigenen Politik anzuerkennen, war und ist nicht auszumachen.

Der völlig unzureichende Kräfteansatz für den Schutz der Bevölkerung¹⁰ (angeblich ein vorrangiges Ziel) und die zahlreichen zivilen Opfer vor allem des Einsatzes von Luftstreitkräften (Genauere Zahlen gibt es nicht, aber die niedrigsten Schätzungen liegen bei 25 000) ließen die Stimmung in der Bevölkerung frühzeitig „kippen“, was sich besonders in den ursprünglich „ruhigen“ Landesteilen im Norden belegen lässt.

Die Auswirkungen der Rückkehr der Taliban auf die Sicherheitslage, 2007 in der Bilanz der USA schon erwähnt, zeigten sich im vollen Ausmaß, als im Juli 2010 WikiLeaks 70 000 Dokumente (Meldungen und Berichte) veröffentlichte.¹¹ Diese beschrieben die Wirklichkeit des Krieges in Afghanistan auch für den, der keinen Zugang zu geheimen oder vertraulichen Informationen hat. Dank der Bemühungen der Redaktionen der New York Times, des englischen „Guardian“ und des SPIEGEL wurden diese Daten so aufbereitet, dass sowohl die derzeitige Lage als auch die zeitliche Entwicklung und die regionale Verteilung der Anschläge von 2004 bis 2009 gut zu erkennen ist. Aus einer Grafik „Kein Frieden in Sicht“¹² sind die Daten für Sprengstoffanschläge, Feuergefechte und Entführungen für die jeweiligen Regionalkommandos zusammengefasst. Opferzahlen bei eigenen Kräften, beim Gegner und bei Zivilisten sind dabei nicht berücksichtigt. Eine numerische Auswertung der Dokumente ergibt 24 000 Tote zwischen 2004 und 2009. Der in der Londoner Bestandsaufnahme schon erkennbare Trend, dass die Sicherheitslage nicht besser, sondern schlechter wird, hat sich eindeutig bestätigt und kann nun durch WikiLeaks in harten Zahlen nachgewiesen werden.

Tabelle: Sprengstoffanschläge und Kampfhandlungen zwischen den alliierten und afghanischen Streitkräften und den Aufständischen (Taliban) 2009

| Regionalkommando | Nord Deutschland | Süd Niederlande | Ost USA | West Italien | Kabul Frankreich | Gesamt |
|----------------------------|-----------------------------|----------------------------|--------------------|-------------------------|-----------------------------|---------------|
| Sprengstoffanschläge | 94 | 1895 | 1095 | 186 | 60 | 3330 |
| Kampfhandlungen | 472 | 5755 | 4868 | 502 | 98 | 11 695 |
| Entführungen Einheimischer | -- | 13 | 17 | 7 | -- | 37 |

10 Hartmut Eisenhans in „Was uns Algerien lehrt“ gibt für Frankreichs Krieg (1954-1962) in Algerien die Stärke von 400.000 Soldaten an. Dazu kämpften noch 200.000 Algerier auf Seiten der Franzosen gegen die Aufständischen. (WeltTrends, Zeitschrift für Internationale Politik Nr.75, November /Dezember 2010, S. 41. Auf Afghanistan umgerechnet wären das 1,2 Millionen Soldaten!

11 WikiLeaks, War Diary: Afghanistan War Logs, veröffentlicht am 2010-07-25, online verfügbar unter <http://mirror.wikileaks.info/>.

12 Siehe SPIEGEL 30/2010, S. 73, online unter www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-57512-3.html (20.01.2011).

Kriegstote

Bisher kamen über 2 100 Koalitionssoldaten ums Leben, darunter 44 Soldaten der Bundeswehr und drei deutsche Polizisten. Die Zahlen steigen an: Im Oktober 2010 wurde mit 600 Gefallenen eine neue Höchstzahl für das Jahr erreicht. Offizielle Angaben zu zivilen Opfern liegen nicht vor; die Angaben sind sehr unterschiedlich:

- Im Oktober 2003 gingen Schätzungen davon aus, dass seit Kriegsbeginn 3 100 bis 3 600 Zivilisten bei US-Bombardierungen und "Special forces attacks" ums Leben kamen.
- Der englische „Guardian“ nannte 2009 eine Zahl zwischen 20 000 bis 49 000 Zivilisten, die invasionsbedingt starben.
- Laut Angaben der ARD-Tagesschau haben Ende Juli 2008 einhundert afghanische und internationale Hilfsorganisationen des Dachverbandes ACBAR in Kabul erklärt, dass bis zu diesem Zeitpunkt im Jahr 2008 bereits 2 500 Menschen ums Leben gekommen seien, darunter 1 000 Zivilisten, und dass für zwei Drittel der Opfer Aufständische verantwortlich seien.
- In den von der Webseite WikiLeaks im Juli 2010 veröffentlichten Berichten des Afghan War Diary aus den Jahren 2004 bis 2009 wurden 24 155 Tote im Zusammenhang mit dem Krieg numerisch erfasst. Jedoch lässt die Überprüfung einzelner Fälle (z. B. die Bombardierung von Asisabad) vermuten, dass die amerikanischen Opferzahlen deutlich zu niedrig angesetzt worden sind. Die in den Dokumenten von WikiLeaks veröffentlichten Zahlen mussten in mehreren überprüften Fällen um mindestens eine Größenordnung korrigiert werden.

Von Sicherheit für den Wiederaufbau kann man bei diesen Zahlen schwerlich sprechen. Mit der Herstellung demokratischer Institutionen, mit dem Kampf gegen Korruption und dem Aufbau zuverlässiger Streitkräfte sieht es ähnlich aus.

Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher ist einsichtig. Aber hätte es einen anderen Weg gegeben, oder gäbe es noch einen Weg aus der bestehenden Situation heraus, auch wenn man etwa die eigenen Kräfte erheblich verstärkt und bereit ist, größere eigene Verluste zu akzeptieren?

Opfer auf beiden Seiten sind im Krieg leider unvermeidlich, und wer sie beim Gegner oder unbeteiligten Zivilisten vermeiden will, zahlt dafür mit dem Blut der eigenen Soldaten. Gleichwohl ist die Betrachtung der Opfer schon deswegen notwendig, um sich Rechenschaft darüber zu geben, ob die angestrebten Ziele diese Opfer rechtfertigen. In diesem Zusammenhang

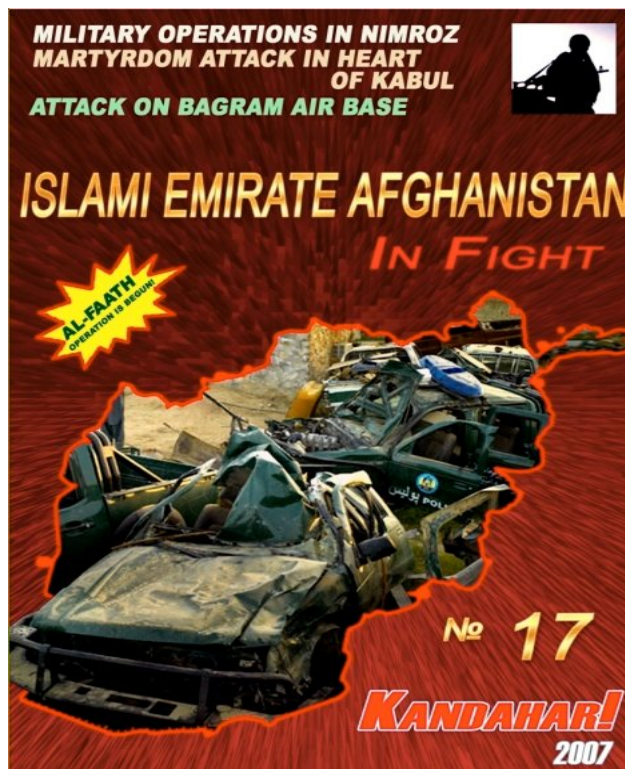
müssen die Erfolgsaussichten des ISAF-Einsatzes kritisch betrachtet und in die Beurteilung einbezogen werden.

Eine nüchterne Lagebeurteilung

Dazu sind zunächst Basisfaktoren zu untersuchen. Dann ist der Frage nachzugehen, ob die angewandte Strategie angesichts der (unabänderlichen) Faktoren von Zeit, Raum, Zeit und Kräften, aber auch ausgehend von historischen Erfahrungen, Aussicht auf Erfolg verspricht.

Zunächst der Faktor Zeit

Die Zeit arbeitet nicht für den Westen. Was die Dauer des Konfliktes angeht, sind die Taliban im Vorteil. Sie denken in anderen Zeiträumen als der Westen. Die Errichtung eines Weltkalifats, von dem sie träumen, wird nicht im nächsten Jahrzehnt verwirklicht werden. Das wissen die Taliban. Sie haben Zeit. Sie können in Ruhe abwarten. Solange sie die starke Volksgruppe der Paschtunen hinter sich haben, brauchen sie auch einen Aufstand der Bevölkerung nicht zu befürchten.



Zudem haben die Taliban gelernt, sich professionell der Psychologischen Kriegsführung zu bedienen und dabei sowohl Printmedien als auch das Internet einzusetzen.

Das nebenstehende Bild zeigt das Titelblatt eines Propaganda-Foto-Magazins der Taliban

„ISLAMI Emirate Afghanistan. In Fight“.

Sein Layout und die Fotos im Inneren haben, anders als früher, heute professionelle Qualität.

Bild 2: Taliban-Propaganda

Genau umgekehrt ist es für USA und NATO. Sie stehen unter dem Druck der öffentlichen Meinung: Je länger der Konflikt dauert, je bescheidener die dabei erzielten Fortschritte sind, um so mehr schwindet bei den eigenen Bevölkerungen die Unterstützung des Engagements in Afghanistan. Wie

lange hält eine demokratisch gewählte Regierung diesen Prozess aus? Die inzwischen genannten Zahlen für den Beginn der Verringerung der Truppenpräsenz (2011) und die Übertragung der Verantwortung für die Sicherheit an die Afghanen (2014) sprechen eine deutliche Sprache, auch wenn erkennbar Präsident Obama den Schwerpunkt auf den Abzug im Jahre 2014 legt, während seine Generäle betonen, dass es sich nur um den Beginn des Abzuges handelt.

Noch fordert nur eine Minderheit der deutschen Bevölkerung - 40 % - den sofortigen Abzug aus Afghanistan. Die Mehrheit ist für einen geordneten Rückzug, zusammen mit den wichtigen NATO-Partnern USA, Frankreich und Großbritannien, und wendet sich deswegen gegen einen festen Abzugstermin. Aber inzwischen wird deutlich: Nachdem Holländer und Kanadier den Anfang gemacht haben, ist das Ende abzusehen, vor allem, wenn die Realität des Krieges auch über deutsche Medien transportiert wird. Die Zeit der geduldigen Hinnahme läuft aus.



Bilder 3 und 4: Realität des Krieges

Die Kräfteverhältnisse

Ein direkter „klassischer“ Kräftevergleich zwischen den Taliban, „Aufständischen“ oder „regierungsfeindlichen Kräften“ und der ISAF ist nicht sehr sinnvoll. Es gibt nicht viel, was in die klassischen Kräftevergleiche eingehen könnte. Schon mangels eigener Luftstreitkräfte können die Taliban keine größeren Verbände ins Feld führen.

Ende der neunziger Jahre beim Kampf gegen Usbeken, Tadschiken und Hararas konnten sie noch mehrere Tausend Kämpfer vor allem bei der Eroberung der großen Städte zusammenziehen und verfügten auch noch über einige Panzer. Damals verzeichneten sie neben erstaunlichen Siegen allerdings einige vernichtende Niederlagen. In beiden Fällen kam es zu fürchterlichen Massakern mit Tausenden von Toten.

Dank des unerschöpflichen Reservoirs aus den Koranschulen und der Perspektivlosigkeit vieler junger Afghanen können die Taliban jedoch größere Verluste leicht ausgleichen. (Jeder Jahrgang umfasst ungefähr 500 000 neue potenzielle Kämpfer.)

Auch die Mudschaheddin hatten im Kampf mit den Sowjets hohe Verluste (einschließlich der getöteten Zivilisten sollen die Kriegsoffer bei einer Million liegen), ohne dass aber ihre Kampfkraft je entscheidend geschwächt wurde.

Die bevorzugte Taktik ist die aus dem Irak übernommene Verwendung von sogenannten IED's (improvised explosive device) – improvisierten Bombenfallen, die zum Teil eine gewaltige Sprengladung enthalten. Dagegen hilft auch aufwendige Panzerung von Fahrzeugen nicht viel. Soweit sie durch Funksignale zur Detonation gebracht werden, versucht man, sie mit Störsendern zu neutralisieren. Aber der Erfindungsreichtum der Taliban scheint immer größer zu sein als die Abwehrtaktiken. So sollen sie jetzt auch bei ihren Sprengfallen Hohlladungsgeschosse verwenden, wie sie im Libanon zum Einsatz kamen und mit denen sogar der als fast unverwundbar geltende israelische Merkawa-Panzer außer Gefecht gesetzt wurde.

Raum und Infrastruktur

Von wahrscheinlich entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Konflikts sind Terrain und Infrastruktur. Es ist kein Zufall, dass der von Clausewitz sogenannte „kleine Krieg“ zum ersten Mal mit Erfolg in den spanischen Bergen gegen die Franzosen Napoleons praktiziert wurde und seit dieser Zeit als Guerilla bekannt ist.

Afghanistan, von den Taliban als Islamisches Emirat bezeichnet, hat eine Fläche von 652 000 Quadratkilometern (Deutschland 349 000) und ist mit einer in Ethnien, Stämme und Clans gegliederten Bevölkerung von geschätzt 28 Millionen verhältnismäßig dünn besiedelt.¹³

Das Land wird oft mit einem Blatt verglichen, wobei der kleine an China grenzende Zipfel den Stengel bildet. Es hat keinen Zugang zum Meer und keine Eisenbahn. (Eine usbekische Eisenbahn, die bis an die Grenze im Norden heranführt, hat eine maximale Kapazität von 4 000 t im Monat; das entspricht 4 % der 2009 benötigten monatlichen Transportleistung von ca. 100 00 Tonnen. Nach der Verlegung zusätzlicher amerikanischer Truppen dürfte der Bedarf erheblich angestiegen sein.)

13 Dazu und zum Folgenden siehe auch im Anhang Tabelle und Karte auf Seiten 46/47.

Eine Aufstockung der ISAF-Truppen auf mindestens 300 000 Mann oder mehr, um das Land flächendeckend zu kontrollieren, die Bevölkerung wirksam zu schützen und die Grenze zu Pakistan zu überwachen, wäre schon aus logistischen Gründen angesichts der bestehenden Infrastruktur nicht möglich. Das alte und ehrwürdige Straßennetz wurde erst in den letzten Jahren modernisiert. Für schnelle und sichere Bewegungen ist es nicht geeignet.

Afghanistan ist gebirgig, vom Hindukusch geprägt, einem gewaltigen Bergdreieck, in Gipfeln bis 7 500 m hoch, mit den Eckpunkten Herat, Kandahar und Kabul. Der Hindukusch teilt das Land in eine Nord- und eine Südhälfte. Das Gelände ist in weiten Teilen für die Bewegungen von Bodentruppen extrem schwierig.¹⁴

Das gleiche gilt auch für Hubschrauber und Propellerflugzeuge, vor allem bei winterlichen Bedingungen. Ohne das halbe Dutzend der meist noch von den Sowjets ausgebauten Flugplätze wäre die schnelle Verlegung (auch Rückverlegung!) und Versorgung größerer Kontingente kaum möglich. In den Jahren 2002 und 2003 setzte die Bundeswehr beispielsweise fast täglich gecharterte ukrainische Großraumtransporter vom Typ An-124 von Köln-Wahn nach Kabul ein. Mit 120 Tonnen Zuladung hat dieses Flugzeug die zehnfache Kapazität einer Transall C-160 der Luftwaffe. Heute läuft der deutsche Lufttransport entweder direkt nach Mazar-i-Sharif oder im Fall von Personentransport über Termes (Usbekistan), das von Airbus der Flugbereitschaft angefliegen wird. Der Weiterflug erfolgt dann mit Transall, die mit einem Schutzsystem gegen Boden-Luft-Raketen ausgestattet ist.



Bilder 5 und 6: Antonow 124-100 – 120 t Zuladung, Betrieb bis -70° Celsius

14 Siehe dazu das Luftbild auf Seite 20.



Bild 7: Landschaft in Afghanistan (Luftbild)

Logistik

Eine Truppe von rund 120 000 Mann (ohne Hilfspersonal und Unterstützung ANA) muss mit allem Nötigen versorgt werden. Überschlägig gerechnet sind das 100 000 Tonnen pro Monat, wobei nur ein kleinerer Teil auf Lufttransport entfällt. Angeblich wird auch bis zu einem Drittel des Flugzeugtreibstoffs von Tankflugzeugen übernommen, die auf einem von den Amerikanern geleasteten Flugplatz in Kirgisien stationiert sind. (Dies ist die teuerste vorstellbare Art der Betankung!)

Der Großteil des Nachschubs muss per LKW oder Tankwagen bewegt werden. Sicherheit kann dabei, vor allem auf der Südroute, wenn überhaupt, nur durch Schutzzahlungen an örtliche Milizen gewährleistet werden.¹⁵

15 Das erklärt wohl die harte Reaktion von Oberst Klein in Kundus, als erstmalig auch im Norden im September letzten Jahres zwei Tanklastwagen in unmittelbarer Nähe des deutschen Feldlagers gekapert wurden. Gegen Klein ermittelte die Bundesanwaltschaft aufgrund seiner Anforderung von US-Luftunterstützung zur Bombardierung der Tanklastwagen wegen Kriegsverbrechens nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch. Das Verfahren wurde eingestellt.

Afghanistan war immer Durchgangsland

Schon in der Vergangenheit war Afghanistan wichtig vor allem als Durchgangsland und Tor zu Indien. Wer immer in den letzten dreitausend Jahren durch Afghanistan zog, die Skythen, Alexander der Große, Dschingis Khan mit seinen Reiterhorden oder Tamerlan, ob Napoleon 1801 mit dem russischen Zaren den phantastischen Plan ausheckte, England durch Wegnahme seiner indischen Kolonie entscheidend zu treffen: der Weg führte durch Afghanistan, wobei meist die schwierigere, aber kürzere Route über Kabul gewählt wurde. Das Ziel war Indien und seine sagenhaften Reichtümer.

Die Engländer, die im 19. Jahrhundert zweimal von Indien aus in Gegenrichtung nach Kabul zogen, wollten ihre wertvolle Kolonie sichern, indem sie dieses Haupteinfallstor nach Indien unter ihre Kontrolle brachten. Der erste Feldzug endete mit einem katastrophalen Rückzug und der Vernichtung des gesamten englischen Heeres, nur ein Militärarzt überlebte.¹⁶

Im zweiten ging es den Engländern nicht viel besser. Die Briten zahlten einen hohen Preis an Menschenleben für die Erkenntnis, dass es leicht ist, die Afghanen zu schlagen und in Kabul einzumarschieren, aber schwer, wenn nicht unmöglich, sich dort auf Dauer zu halten.



Bild 8: Der Khyber-Pass. Blick nach Pakistan

¹⁶ Die im Anhang auf Seite 35 wiedergegebene Ballade „Das Trauerspiel von Afghanistan“ widmete Theodor Fontane dem Untergang der britischen Armee im ersten (1839-1842) der drei anglo-afghanischen Kriege.

Die Sowjets machten in den achtziger Jahren die gleiche Erfahrung, die, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, der NATO noch bevorsteht. Das hängt nicht nur mit den langen und vor allem im schneereichen Winter schwer begehbaren Nachschubwegen zusammen. Das Gelände eignet sich ideal zum Partisanenkampf, und die Sicherung der Verbindungslinien bindet enorme Kräfte, wie schon einer der besten Kenner Zentralasiens und Afghanistans, der zaristische General und „GenStabist“ Andrej E. Snesarew feststellte.¹⁷

Die Engländer zogen es nach den zwei vernichtenden Niederlagen im 19. Jahrhundert jedenfalls vor, Afghanistan künftig nur als neutralen Puffer zu betrachten, der die Russen daran hinderte, zum persischen Golf vorzustoßen und dort einen eisfreien Flottenstützpunkt zu errichten. Rudyard Kipling hat den Kampf um Afghanistan Ende des 19. Jahrhunderts als das „Große Spiel“ bezeichnet, ein Ausdruck, den Ahmed Rashid für das Ringen um die Kontrolle der Transportrouten für Erdöl und Erdgas der kaspischen Region neu aufgenommen hat.¹⁸

Die Bedeutung der Bodenschätze

Afghanistan ist immer noch eines der ärmsten Länder der Erde mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 400 US-Dollar. Durchziehende Eroberer hatten früher sogar größte Mühe, ihre Armeen wenigstens aus dem Lande zu ernähren. Das könnte sich in Zukunft ändern. Deutsche und russische Geologen haben bereits im letzten Jahrhundert zahlreiche Bodenschätze im Norden Afghanistans festgestellt. Für Kupfer, das schon von den Sowjets in der Nähe von Aynak abgebaut wurde, haben die Chinesen eine Lizenz erworben. Es soll sich um das größte Kupfervorkommen weltweit handeln. Neben Erdgas bei Shibergan 120 km westlich von Mazar gibt es reiche Eisenerzvorkommen (1,7 Mrd. t, 62 % Eisengehalt), die allerdings größtenteils in Höhen über 3 500 m liegen. Aber auch Gold, Silber und Edelsteine (Lapislazuli) sowie seltene Mineralien und Erden sind in beträchtlichen Mengen vorhanden.

Für Aufsehen sorgten in diesem Sommer (2010) reißerische US-Meldungen, dass amerikanische Geologen Bodenschätze im Wert von mindestens einer Billion US-Dollar entdeckt hätten, darunter Lithium und Gallium. (Siehe auch Karte/Grafik auf S. 54.) Die „Entdeckung“ bezog sich in Wirk-

17 A. E. Snesarew (1865-1937), Afghanistan, o. O., o. J.; Online-Biographie (russ.) unter <http://a-e-snesarev.narod.ru/>.

18 Ahmed Rashid, Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad. München (Droemer) 2001; Engl. ed.: Taliban, Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia, London (Tauris) 2000, 2001.

lichkeit auf das Auffinden entsprechender Unterlagen aus früherer Zeit. Und leider hat Afghanistan zur Zeit weder das Kapital noch entsprechende Technik und geschultes Personal, um mit dem Abbau zu beginnen. Transportwege, z. T. in Höhen um 3 500 m, und die Schwierigkeiten, unter den obwaltenden Umständen ausländische Investoren anzulocken, sind weitere Probleme.

Das könnte sich ändern. Übereinstimmend wurde in diesem Sommer aus den beteiligten Ländern gemeldet, dass der Bau der sogenannten TAPI-Pipeline zwischen Turkmenistan und Pakistan (und Indien) verbindlich vereinbart wurde und bis 2014 verwirklicht werden soll. Der afghanische Energieminister versicherte, die Sicherheit der Strecke sei durch Absprachen mit den betroffenen Stämmen gewährleistet.

Das Transitland Afghanistan könnte mit Gebühren in dreistelliger Millionenhöhe aus dem Erdgastransport rechnen und mit diesem Geld an die Erschließung seiner Bodenschätze gehen. Dazu könnten die Vermarktung eigener Energievorräte und der Bau einer Anschlusspipeline gehören – eine zunächst abenteuerlich klingende Vorstellung, nachdem 15 Jahre der Bau dieser Pipeline an den kriegsähnlichen Zuständen in Afghanistan gescheitert war. Jetzt gilt also offenbar nicht mehr: erst Frieden, dann Pipelinebau, sondern: Frieden schaffen durch Pipelinebau.

Erdöl und Erdgas: eine Pipeline durch Afghanistan?

Und damit wären wir beim kaspischen Erdöl und Erdgas. Erdgas gewinnt als Energiequelle, wie die Zuwachsraten beim Verbrauch belegen, aus einer Reihe von Gründen an Bedeutung. Einmal belastet es die Umwelt nicht annähernd so wie die Verbrennung von Erdöl oder Kohle. Zum andern sind die bekannten und vermuteten „phänomenalen“ Reserven an den Ufern und im Kaspischen Meer außerordentlich groß. Um Öl oder Erdgas zu wirtschaftlichen Preisen auf den Weltmarkt zu bringen, sind aber Investitionen in Milliardenhöhe erforderlich. Neu auf dem Markt erscheinende „Spieler“, wie die Staaten des kaspischen Beckens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991, sind bei derartigen Projekten auf die Hilfe kapitalkräftiger Gesellschaften angewiesen.

Zugleich gilt: Wer die für die Vermarktung erforderlichen Pipelines baut, kann bis zu einem gewissen Grad Erzeugerpreise, Abnehmerpreise und den Gewinn bestimmen – bei mehreren Anbietern für die gleiche Leitung auch Mengenquotierungen festlegen. Aus diesem Grund hat Turkmenistan seit seiner Unabhängigkeit ein vitales Interesse daran, die bisherige Abhängig-

keit vom großen Bruder in Moskau durch den Bau einer eigenen Pipeline Richtung Süden zu beenden. Der Bau dieser – je nach den beteiligten Ländern – als TAP oder TAPI bezeichneten Pipeline, seit 1995 in der Planung, wurde allerdings durch den Krieg in Afghanistan bisher verhindert.

Unterschiedliche Interessen – aber doch eine Win-Win-Situation?

Das Interesse Afghanistans an dieser Pipeline ergibt sich aus dem Verdienst an Transitgebühren und an der Generierung von Arbeitsplätzen für Bau, Schutz und Betrieb der Pipeline auf afghanischem Gebiet.

Zusätzlich eröffnet sich die Möglichkeit, einen Teil der eigenen Erdgasvorräte in diese Pipeline einzuspeisen. Pakistan hat Bedarf an vergleichsweise billiger Energie und kann durch den Weitertransport mit Tankern von eigenen Häfen nach China und Japan verdienen. Mutatis mutandis gilt das auch für die sehr schnell expandierende Volkswirtschaft von Indien.

Die USA – Kampf gegen Pipeline-Monopole und für Zugang eigener Firmen

Komplizierter ist die Interessenlage der USA. Nach den landläufigen Verschwörungstheorien ist für die Öllobby und die von ihr beeinflusste Regierung in Washington das ganze Gerede über Demokratie und Menschenrechte nur ein Vorwand, um die globale ökonomische Vorherrschaft auszubauen und ggf. militärisch abzusichern. Indessen kommt man nicht umhin festzustellen, dass die Taliban, also radikale, erzkonservative Moslems, und die von ihr geduldeten Trainingslager von Al Qaida in Afghanistan Wirklichkeit waren.

Zugleich gibt es aber auch sehr klare Äußerungen über die Energiepolitik der Vereinigten Staaten, die man zur Interpretation der US-Außen- und -Sicherheitspolitik mit heranziehen muss. Ausweislich des Kongress-Protokolls aus dem Februar 1998 erklärte der Vorsitzende des für Afghanistan zuständigen Unterausschusses, es sei das Ziel der Vereinigten Staaten,

- das Monopol Russlands beim Transport von Öl und Erdgas aus dem kaspischen Becken zu brechen,
- die westliche „Energiesicherheit“ durch zusätzliche Lieferanten zu sichern,
- den Bau von Pipelines unter Umgehung von Iran zu unterstützen,
- alle „verantwortlichen Staaten“ zur Zusammenarbeit bei der Ausbeutung der regionalen (kaspischen) Ressourcen aufzufordern.

Das Fazit des Ausschuss-Vorsitzenden: „Zentralasien scheint bedeutende neue **Investitionsmöglichkeiten** für amerikanische Gesellschaften zu bieten, was sich auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region günstig auswirken wird. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die politisch Verantwortlichen die Bedeutung unseres Einsatzes in Zentralasien verstehen, wenn wir jetzt eine Politik formulieren, die dem Interesse der Vereinigten Staaten und **den U.S.-Geschäftsinteressen** dient.“¹⁹

(Übersetzung und Hervorhebungen: H. Hagen)

Im Februar 1998 verhandelten Vertreter der amerikanischen Ölgesellschaft UNOCAL (die 1890 gegründete „Union Oil Company of California“) noch mit den Taliban als mutmaßlichem Partner für den Bau einer Pipeline von Turkmenistan nach Pakistan, die auf einer Länge von ca. 1 500 km durch Afghanistan führen sollte. Das änderte sich aber nach dem vermutlich von Osama bin Laden angeordneten Bombenanschlag auf die US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) am 7. August des gleichen Jahres. Präsident Clinton befahl zur Vergeltung einen Angriff mit Marschflugkörpern auf Ausbildungslager von Al Qaida im Grenzgebiet von Afghanistan.

Die Taliban scheiden (vorläufig?) aus dem Spiel aus

Im Kabinett des Ende 2000 neugewählten George W. Bush, der sich selbst früher mit begrenztem Erfolg im Ölgeschäft versucht hatte, waren die Interessen der Ölgesellschaften in Zentralasien und anderswo durch Vize-

19 Quelle: 48–119 CC 1998, *U.S. INTERESTS IN THE CENTRAL ASIAN REPUBLICS*, HEARING BEFORE THE SUBCOMMITTEE ON ASIA AND THE PACIFIC OF THE COMMITTEE ON INTERNATIONAL RELATIONS, HOUSE OF REPRESENTATIVES, ONE HUNDRED FIFTH CONGRESS, SECOND SESSION, February 12, 1998;

„Kazakhstan and Turkmenistan possess large reserves of oil and natural gas, both on_ shore and off-shore in the Caspian Sea, which they urgently seek to exploit. ... Estimates of Central Asian oil reserves vary widely, but are usually said to rival those of the North Sea or Alaska. ... Stated U.S. policy goals regarding energy resources in this region include

- fostering the independence of the States and their ties to the West;
- breaking Russia's monopoly over oil and gas transport routes;
- promoting Western energy security through diversified suppliers;
- encouraging the construction of east-west pipelines that do not transit Iran; and denying Iran dangerous leverage over the Central Asian economies.

In addition, to discourage any one country from gaining control over the region, but rather urges all responsible States to cooperate in the exploitation of regional oil and other resources. Central Asia would seem to offer significant new investment opportunities for a broad range of American companies which, in turn, will serve as a valuable stimulus to the economic development of the region. It is essential that U.S. policymakers understand the stakes involved in Central Asia as we seek to craft a policy that serves the interests of the United States and U.S. business.“

präsident Dick Cheney und Condoleezza Rice, die Nationale Sicherheitsberaterin, sowie drei weitere Minister jedenfalls gut vertreten.²⁰

Berücksichtigt man, dass ein Jahr später der Paschtune Hamid Karzai, ehemaliger Berater der US-Ölgesellschaft UNOCAL, sogar als Ministerpräsident in Afghanistan installiert werden konnte, waren die Pipelinebauer für das neue „große Spiel“ in Afghanistan hervorragend aufgestellt. Die Taliban als mögliche Partner hatten sich dagegen endgültig disqualifiziert, nachdem sie auf zwei Resolutionen des UN-Sicherheitsrates²¹, in denen die Auslieferung von Osama bin Laden gefordert wurde, nicht reagierten.

Gleichwohl wurde aus dem großen Unternehmen der TAP oder auch TAPI (nach den Anfangsbuchstaben der beteiligten Staaten) genannten Pipeline fast zehn Jahre lang nichts. Denn solange dauert schon der Krieg – Pardon – der nicht erklärte, nicht-internationale asymmetrische bewaffnete Konflikt in Afghanistan zwischen der internationalen Gemeinschaft und den Koranschülern an. Und er tobte am heftigsten im Süden, wo der Bau der Pipelinetrasse entlang der Straße Herat–Kandahar geplant ist.

10 Jahre später: 2010

Machen wir einen Sprung in das Jahr 2010. Afghanistan ist immer noch nicht befriedet, Konzeptionen und Strategien haben mehrfach gewechselt. Es hatte vor allem bei den Deutschen lange gedauert, bis die Politiker den Einsatz in Afghanistan als das bezeichnet haben, was er war: ein bewaffneter Konflikt, also das, was man früher Krieg nannte. Präsident Bush und sein Vize Cheney sind aus dem Amt geschieden. General McChrystal hat unter bemerkenswerten Begleitumständen sein Kommando niedergelegt. UNOCAL, die Gesellschaft, die den Milliarden-Pipeline-Deal schon in der Tasche zu haben glaubte, wurde von Chevron geschluckt.



Bild 9: Osama bin Laden, der Kriegsgrund, hält sich – nach gut informierten Quellen – im Grenzgebiet in Pakistan auf und lebt dort nicht in einer Höhle, sondern in einem komfortablen Haus, bewacht von pakistanischer Geheimpolizei.

Der Krieg im Süden, an dem hauptsächlich Amerikaner und Engländer beteiligt sind, verläuft – jedenfalls nach den Berichten der ISAF – erfolgreicher als früher.

20 Dick Cheney, Vizepräsident, bis 2000 Präsident von Halliburton (Bau von Bohr- und Förderungsanlagen); Condoleezza Rice, Nationale Sicherheitsberaterin. 1991-2000 Managerin bei Chevron Oil; Donald Evans, Wirtschaftsminister, früher CEO der Ölgesellschaft Tom Brown, Inc. (mit einem Kapital von \$1.2 Milliarden); Spencer Abraham, Energieminister und ehemaliger Senator mit engen Verbindungen zur Ölindustrie; Thomas White, Heeresminister, früher Stellv. Vorsitzender von Chevron.

21 UNSCR 1267 und UNSCR 1333 vom 19.12.2000.

Trendwende?

Der deutsche Brigadegeneral Joseph Blotz, seit April Sprecher der ISAF in Kabul, gibt sich optimistisch und glaubt sogar eine „Trendwende“ zu erkennen. Von Mitte Juli bis Mitte Oktober dieses Jahres 2010 habe die ISAF

- 3 338 Spezialoperationen durchgeführt,
- 2 641 Taliban gefangen,
- 938 Aufständische getötet,
- 339 „Kommandeure“ durch Tötung oder Gefangennahme ausgeschaltet.

ISAF habe mit 140 000 Soldaten (dabei Verdreifachung der Spezialkräfte) soviel wie nie zuvor im Einsatz. Hinzu kommen 140 000 der ANA und 120 000 Polizisten.

Wohlgemerkt, das alles bezieht sich auf die ISAF. Hinzu kommen die Operationen der CIA in Pakistan, die dort mit ihren Drohnen und Hellfire-Raketen aktiv ist und fast täglich die Ausschaltung eines oder mehrerer führender Kader der Taliban meldet.

Allerdings: Wie passt das zu den Nachrichten, dass Karzai intensive Geheimgespräche mit den Taliban führt, an denen die ISAF nicht beteiligt ist?

Die Doppelstrategie – wenn es denn eine gemeinsame Strategie ist – besteht offensichtlich darin, auf der einen Seite den Druck auf die Taliban zu erhöhen und auf der anderen Seite Verhandlungsbereitschaft zu zeigen.

Ob diese Rechnung aufgeht? Zweifel sind angebracht. Bei der Bundeswehr käme der Verlust von 300 Kommandeuren einem Enthauptungsschlag gleich. Bei den Taliban handelt es sich bei den „Kommandeuren“ aber wohl eher um die Anführer kleinerer Gruppen in Zug- oder bestenfalls Kompaniestärke.

Ein Durchbruch auf der Pipeline-Front?

Wie auch immer man die Entwicklung der Sicherheitslage einschätzt, auf der Pipeline-Front scheint ein Durchbruch erreicht. Wie die Agenturen aus Kabul melden, haben am 30. August dieses Jahres Vertreter der turkmenischen und der afghanischen Regierung ein Rahmenabkommen über den Bau der Gasleitung Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien (TAPI) unterzeichnet. (Ähnliche Meldungen gab es allerdings schon 2002, 2005 und 2008.)

Die Pipeline soll Pakistan und Indien direkt mit turkmenischem Gas versorgen. Diese trans-afghanische Gaspipeline, deren Kosten mit 3,3 Mrd.

US-Dollar veranschlagt werden, soll sich über eine Strecke von 1 680 Kilometern erstrecken und 30 Mrd. Kubikmeter Erdgas jährlich transportieren. Drei Wochen später versprach der afghanische Bergbauminister, Wahidullah Shahrani, dass die Sicherheit der Leitung, die größtenteils zwei Meter unter Grund verlaufen soll, durch die Streckenanlieger gewährleistet sei.



Bild 10: Die TAP(I) Pipeline

Der Präsident von Turkmenistan, Gurbanguly Berdimuhamedow, gab bekannt, dass alle vier beteiligten Staaten mit Hochdruck daran arbeiten, das Abkommen bis Ende des Jahres unter Dach und Fach zu bringen. Sie würden dabei von der Asiatischen Entwicklungsbank beraten. Man darf vermuten, dass das Projekt auch bei den Gesprächen der afghanischen Regierung mit den Taliban eine große Rolle spielen wird.

So sehr den Beteiligten Ländern ein Erfolg zu wünschen ist – in trockenen Tüchern ist das Projekt noch lange nicht. Pakistan und Indien haben zwar beide einen großen Bedarf an Erdgas. Ob sie aber schon bereit sind, friedlich an einem solchen Vorhaben zusammenzuarbeiten? Und wie werden sich die USA verhalten, wenn sich herausstellen sollte, dass eine US-Gesellschaft nicht automatisch als Führer des Pipeline-Konsortiums vorgesehen ist? Dass anders als früher kein Wort über die für Bau und Betrieb verantwortliche Gesellschaft gesagt wurde, nachdem UNOCAL lange der erklärte Favorit war, gibt zu denken. Washington wird Afghanistan an die großen Vorleistungen der USA erinnern. Dass es eine Entscheidung schon

in zwei Monaten gibt, erscheint in jedem Fall als unwahrscheinlich. Und selbst wenn Obama auf das amerikanische erste Zugriffsrecht verzichtet, um sich in Afghanistan einen halbwegs akzeptablen Abgang zu verschaffen: da gibt es auch noch Russland und Gasprom, die erst kürzlich in Gesprächen mit Turkmenistan ihr Interesse an einer Beteiligung bekundet haben. Dennoch: Wenn alle Beteiligten kompromissbereit sind, könnte die Rechnung aufgehen.

Die geostrategische Lage Afghanistans

Zufällige Grenzen

In Afghanistan sind nicht nur das Gelände und die Verkehrsinfrastruktur „schwierig“; auch die geostrategische Lage ist kompliziert. Im Norden liegen die ehemaligen Sowjetrepubliken Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan, die mit dem Zerfall der Sowjetunion ihre Unabhängigkeit erlangten, im Südosten und Süden Pakistan und im Westen Iran. Am Rand sei noch die kleine Grenze mit China erwähnt. Vereinfacht gesagt, beruht ein Teil der Schwierigkeiten im Verhältnis dieser Staaten zueinander darauf, dass die staatlichen Grenzen zwischen ihnen fast nie mit den ethnischen Grenzen zusammenfallen. Diese Grenzen wurden im neunzehnten Jahrhundert oft willkürlich gezogen, wobei die sogenannte Durand-Line zwischen Afghanistan und dem heutigen Pakistan ein besonders abschreckendes Beispiel ist. Die Grenze teilt das Stammesgebiet der Paschtunen in zwei Hälften, wobei es angeblich eine ständige Sorge von Pakistan ist, dass sich „ihre“ Paschtunen den Brüdern in Afghanistan anschließen (vgl. Karte S. 50). Weil auf beiden Seiten der Grenze jeweils eng versippte Stämme leben, ist es sehr schwer, den Verkehr untereinander zu verhindern. Unter solchen Umständen blühen und gedeihen Waffenschmuggel und Drogenhandel.

Obwohl fast alle der meist autoritär regierten Staaten der Region den Export des radikal-islamistischen Modells fürchten, ist an wirksame Sanktionen oder gar die Sperrung der meist langen und kaum zu kontrollierenden Grenzen nicht zu denken.

Alle diese Länder haben aus unterschiedlichen Gründen wenig Veranlassung, einen Erfolg des von den Taliban vertretenen militanten Islams sunnitischer Ausprägung gegen die von den USA geführte Koalition zu wünschen. Sie befürchten, dass der fundamental-islamistische Funke auf ihre Staaten überspringen könnte. Außerdem führt der Drogenhandel zu Abhängigkeit in der eigenen Bevölkerung und korrumpiert Polizei und

Grenzorgane. Deswegen dürfte ein drogenfreies Afghanistan unter einer gemäßigten Führung im wohlverstandenen Interesse der Staatengemeinschaft und der ganzen Region liegen.

Pakistan – das eigentliche Problem?

Das größte geostrategische Problem ist aber Pakistan. Das Verhältnis von Regierung, Armee, dem Geheimdienst ISI der Armee und der Polizei kompliziert die Lage. Pakistan hat bei dem Kampf gegen die sowjetische Invasion in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle gespielt. Die Mudschaheddin wurden in den Koranschulen Pakistans vom Geheimdienst der Armee ausgebildet, ausgerüstet und finanziert. Pakistan war für sie Rückzugs- und Ruheraum und ist es geblieben. Der Islam, der in den Koranschulen (Madrassas) in den paschtunischen Grenzgebieten gelehrt wird, hat mit dem aufgeklärten und toleranten Islam, der ursprünglich in Afghanistan dominierte, wenig zu tun. Viele von den grausamen Praktiken und die entwürdigende Behandlung der Frauen lassen sich mit dem Koran nicht begründen. Die Gefahr, dass man mit dieser Art von Ausbildung Geister rief, die man später nicht mehr kontrollieren konnte, wurde offenbar weder beim CIA, der die Aktion steuerte und finanzierte, noch bei den Pakistanis gesehen.

Pakistan ist auch in anderer Hinsicht ein großes Problem. Die Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan verläuft bekanntlich mitten durch das Stammesgebiet der Paschtunen (siehe auch Karte auf S. 50). Heute schon ist offensichtlich, dass die zu Pakistan gehörenden Gebiete nicht wirklich kontrolliert werden. Zwischen Pakistanis und den USA wurde offen darüber gestritten, ob genug getan wird um zu verhindern, dass die Taliban in Afghanistan die Grenzgebiete als Ruhe- und Nachschubräume betrachten. Die Pakistanis verweisen dabei auf die erheblichen Opfer, die ihre Armee bei der Bekämpfung der Taliban erbracht hat, leugnen aber auch nicht, dass für sie der Hauptfeind nach wie vor in Indien sitzt. Zudem haben sie aus der Zeit der Sanktionen mit den USA noch einige Rechnungen offen.

Anfang der neunziger Jahre nahm ich an einer sicherheitspolitischen Tagung in Kopenhagen teil, bei der auch ein indischer und ein pakistanischer Brigadier anwesend waren. Sie waren in fast allen Fragen unterschiedlicher Meinung, nur in einem stimmten sie überein: Dass es von den USA anmaßend, um nicht zu sagen beleidigend und ehrverletzend sei zu behaupten, nur die derzeitigen Nuklearmächte könnten mit Nuklearwaffen verantwortungsvoll umgehen. Sie glaubten nicht, dass auch die neuen Nuklearmächte Pakistan und Indien ebenfalls die Nuklearwaffen nur zur gegenseitigen Abschreckung gebrauchen wollten – und das auch erfolgreich praktiziert hatten.

Anlässlich einer Beratung der pakistanischen Luftwaffe über Luftverteidigungskonzepte in der Mitte der 90er Jahre erfuhr ich im Hauptquartier der PAF in Rawalpindi Einzelheiten über den Kauf von 30 F-16. Lockheed hatte Vorkasse verlangt, rund eine Mrd. Dollar waren bezahlt. Als vor der Auslieferung die Sanktionen der USA verhängt wurden, zahlte Lockheed das Geld nicht zurück und schlug den Pakistanis vor, sie sollten sich um eine Ausnahmegenehmigung für den Export bemühen. Die Flugzeuge ständen für sie bereit. Die Wut der Pakistanis ist kaum zu beschreiben, zumal man ahnte, warum bestimmte Politiker in Pakistan keine Anstrengungen machten, den Kauf zu annullieren und den Kaufpreis zurückzufordern.

Für die Amerikaner verursacht deswegen Pakistan die eigentlichen Kopfschmerzen. Eine Nuklearmacht mit korrupter Verwaltung, verbreitetem Drogenhandel, ethnischer Zerrissenheit, sozialen Spannungen, einer verheerenden Flutkatastrophe, einer immer stärker werden fundamentalislamistischen Opposition – alles das ist, so die ehemalige Außenministerin Madeleine Albright in einem bemerkenswerten Understatement, genug, um „Migräne“ zu verursachen und Pakistan als das weitaus größere Problem als Afghanistan anzusehen.

Kommen wir auf die eingangs gestellten Fragen zurück:

- *War die militärische Intervention geeignet, das Problem zu lösen oder den politischen Zweck zu erfüllen?*
Osama ist nach 10 Jahren immer noch auf freiem Fuß. Trotz enormen Einsatzes von Personal, Material und Geld ist es nicht gelungen, die Herzen der Afghanen zu gewinnen oder dauerhafte Fortschritte auf dem Weg zu einer Demokratisierung des Landes zu machen.
- *Reichten die Kräfte aus?*
Für das ehrgeizige Ziel des Schutzes der Bevölkerung eines Gebietes von der zweifachen Größe Deutschlands war der anfängliche Kräfteansatz fast lachhaft.
- *Sind Kosten, Verluste und Risiken im Vergleich mit den Zielen noch annehmbar?*
Clausewitz lehrte zwar, dass für die Bewahrung oder Gewinnung des Friedens kein Opfer als zu groß erachtet werden dürfe. Das gilt aber nur, wenn es wirklich dem Frieden dient.

Wie soll es weitergehen?

Wie konnte die internationale Gemeinschaft in eine solche Lage geraten? Wie soll es weiter gehen? Was können die Deutschen den Afghanen raten? Fehler, die man am Anfang gemacht hat, lassen sich leider später meist nicht mehr korrigieren.

- Der erste Fehler war eine überhastete militärische Intervention, ohne klare Ziele und ohne Exit-Strategie, ohne ausreichend landes- und sprachkundiges Personal für die zivile Verwaltung einschließlich einer Kosten- und Leistungskontrolle. Die Sprache ist der Schlüssel zum Herzen eines Volkes
- Hamid Karzai war ein schlimmer Fehlgriff. Dass ihn die Amerikaner hielten, auch als offenkundig war, dass Mitglieder seiner Familie tief in Korruption verstrickt waren und er bei der Wahlfälschung neue Maßstäbe setzte, war unverständlich und unverzeihlich.
- Ein Teil der neuen Minister musste die Afghanen, die diese Leute bei ihren Massakern erlebt hatten, zutiefst deprimieren. Die Ministerriege als repräsentativ zu bezeichnen war eine Beleidigung jedes anständigen Afghanen.
- Das anfängliche Bestehen auf Wahlen und „Demokratie“, obwohl alle Voraussetzungen dafür fehlten, gehört ebenso zu den Anfangsfehlern wie das Bestehen auf starken zentralen Strukturen, die der afghanischen Tradition nicht entsprachen.
- Einer der schlimmsten Fehler war die Art und Weise, wie insbesondere im ersten Jahr der Luftkrieg geführt wurde. Dabei wurden sogar Verbände der Air National Guard eingesetzt, nach dem Motto: jeden Piloten einige „combat missions“ fliegen lassen.

Der Autor untersuchte für den NDR 2002 Zwischenfälle wie die versehentliche Bombardierung von Hochzeitsgesellschaften und insbesondere einen „friendly fire incident“, bei dem ein Pilot der Michigan Air National Guard (ein sogenannter „weekend warrior“) eine kanadische Einheit bei einer Nachtübung aus großer Höhe mit einer Laser-gelenkten Bombe angriff. Er hielt sie für Taliban oder Al Quaida und fühlte sich durch das bei Nacht erkennbare Mündungsfeuer ihrer leichten Waffen bedroht. Für ihn ein Fall der „self defense“. Sein Verteidiger plädierte in dem kriegsgerichtlichen Verfahren für Freispruch. In zahlreichen ähnlichen Fällen, bei denen die Opfer Afghanen gewesen seien, hätte man nichts gegen die Piloten unternommen. Seien denn deren Leben etwa weniger wert als die der kanadischen Soldaten?

Der Vorfall ereignete sich am Ende eines achtstündigen Fluges, bei dem der Pilot sich mit Amphetaminen („go pills“) wach gehalten hatte, was bei derartigen langen Einsätzen üblich war.

Was ist jetzt zu tun?

- Veranlasst ist bereits die verstärkte Rücksichtnahme auf die zivile Bevölkerung, die allerdings sehr spät angeordnet wurde.
- Der Drogenanbau ist unverzüglich einzustellen. Den Bauern ist bei der Umstellung auf andere Produkte zu helfen. (Dass der Drogenanbau während der Besetzung durch die NATO noch zugenommen hat, ist ein Armutszeugnis für das Bündnis und seine Führungsmacht).
- Nach dem Vorbild der OSZE sollten (wie Elke Hoff, MdB und sicherheitspolitische Sprecherin der FDP, vorgeschlagen hat²²) sich alle Staaten der Region zusammensetzen und den Prozess der Befriedung aktiv begleiten, beginnend mit einem strikten Waffen- und Sprengstoffembargo. Russland, die USA, China und Indien sollten Beobachterstatus erhalten.
- Die Stabilisierung des Landes muss bei den Regionen beginnen und die alten Strukturen kräftigen bzw. wieder herstellen.
- Verhandlungen mit dem Iran und Pakistan sollten unverzüglich beginnen. Beide müssen ihren Einfluss auf Afghanistan begrenzen, sollten dafür aber Garantien für ihre jeweiligen Minderheiten bekommen. Mit anderen Worten: Alle Anrainerstaaten müssen begreifen, dass Sicherheit nur gemeinsam zu haben ist und dass versuchte Einflussnahme nach allem, was geschehen ist, zwar verständlich ist, aber begrenzt und kontrolliert erfolgen muss.
- Die Verhandlungen dürften nach Lage der Dinge nicht nur von Diplomaten geführt werden; Soldaten und Geheimdienstler sollten beteiligt und eingebunden werden.
- Maßnahmen wie der Pipelinebau sind zu unterstützen, allerdings sollten die Verträge genehmigungspflichtig sein.
- Hamid Karsai darf nicht weiter an der internationalen Gemeinschaft vorbei mit den Taliban verhandeln. Diese hat sich, soweit sie in Afghanistan militärisch und/oder zivil engagiert war, das Recht erworben, wenigstens beratend mit am Tisch zu sitzen.
- Für den Friedensprozess müssen Anreize geschaffen werden – eine Art Marshallplan für Afghanistan, verbunden mit einem großzügigen Ausbildungs- und Studienprogramm, das allerdings eine Rückkehrverpflichtung beinhalten muss (analog dem Fulbright-Programm nach dem zweiten Weltkrieg für deutsche Studenten in den USA). Alle Hilfgelder sollten über die Weltbank verwaltet werden.

22 Elke Hoff, Stabilisierung eines souveränen Afghanistan, Berlin, 19. Juli 2010; online unter: http://www.elke-hoff.de/files/32122/2010_07_19_Stabilisierung_eines_souveraenen_Afghanistan_.pdf (10.01.2011).

Erfolg kann in der jetzigen Lage niemand garantieren. Dass der bisher beschrittene Weg aber in die Sackgasse geführt hat, dürfte allen klar sein.

Es sei an dieser Stelle abschließend der Aufschrei einer mutigen afghanischen Frau zitiert. Sie heißt Malalai Joya, stammt aus der Provinz Farah und war gewählte Abgeordnete im ersten Parlament Afghanistans. Frau Joya ist überzeugt: *Die Wiederwahl von Karzai kam durch Betrug zustande, und die zusätzlichen Truppen von Obama haben nur mehr Gewalttätigkeit verursacht. Für die Afghanen ist Obama jetzt der zweite Bush.*

In einer ihrer Publikationen erklärt sie unter anderem:

„ ... Karsai hatte sein Ansehen im Volk lange vor der Wahl von 2009 verspielt. Das lag an der ständig zunehmenden Korruption seiner Regierung, der langen Kette von Verbrechen der vielen Fundamentalisten und Warlords, die seiner Herrschaft ihren Stempel aufdrückten, und den Finanzskandalen und den Durchstechereien seiner Brüder. ...

... Man muss allerdings betonen, dass diese so genannten Wahlen Afghanistan nicht so viel Schaden zugefügt haben wie die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Alliierten mit ihren Bombardierungen und ihrer Besetzung. ... Die Afghanen sehen die USA und die NATO in gleicher Weise wie ihre Marionette Karsai in der Verantwortung für diese Kriegsverbrechen. Sie behaupten, sie bekämpften den Terrorismus. In Wirklichkeit sind sie selbst in den Augen unserer Bevölkerung die schlimmsten Terroristen wegen ihrer brutalen Verbrechen.

...

... Leider sind die Afghanen noch nicht stark genug um die Amerikaner zu vertreiben, die Mafia-Regierung von Karsai zu stürzen und den verbrecherischen Umtrieben der Taliban und anderer Fundamentalisten ein Ende zu machen.

Unsere Geschichte beweist, dass unser Widerstand gegen die Besatzungsmacht andauern wird, bis wir unsere Freiheit wieder gewonnen haben. Solange nicht die USA und die Fundamentalisten – sowohl die Nordallianz als auch die Taliban – in Afghanistan entmacht sind, bleibt unsere Zukunft düster.

... Der einzige Wechsel, der uns für die Zukunft hoffen lässt, ist die Stärkung und das Wachsen einer nationalen anti-fundamentalistischen und wahrhaft demokratischen Bewegung. Eine solche Bewegung kann nur von den Afghanen selbst aufgebaut werden. **Dafür wollen wir die Unterstützung und Solidarität der Welt – aber die Besatzungstruppen der NATO brauchen wir nicht und wollen wir nicht.**“²³

(Übersetzung aus dem Englischen und Hervorhebung am Ende: H. Hagena)

23 Malalai Joya, Any hope I had in the ballot box bringing change in Afghanistan is gone. If Karzai's re-election was a fraud, Obama's surge of troops brought just more violence. For Afghans he's the 'second Bush', in: The Guardian, 2. November 2010.

Theodor Fontane

Das Trauerspiel von Afghanistan

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,
"Wer da!" - "Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan."

Afghanistan! Er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

"Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt."

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all',
Sir Robert sprach: "Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So lasst sie's hören, dass wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter blast in die Nacht hinaus!"

Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen - es kam die zweite Nacht,
Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht.

"Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan."

Arne C. Seifert

Den Krieg in Afghanistan beenden und sofort zu einer politischen Regelung übergehen^(*)

Gesunder Menschenverstand sagt mir: Wer einen Krieg militärisch nicht gewinnen kann, der muss ihn beenden. Ein solcher Zustand verbietet es auch, in Afghanistan immer wieder junge Menschen zu opfern und deren Eltern zu erzählen, das müsse sein. Im Interesse unserer Sicherheit.

Was ist das überhaupt für eine Sicherheitspolitik, die Sicherheit nicht gewährleisten kann? Ihr liegt vor allem ein Sicherheitsverständnis zu Grunde, welches *nicht* davon ausgeht, dass Sicherheit in erster Linie *politisch* gewährleistet werden muss.

Damit sind wir beim Afghanistan-Dilemma der NATO-Allianz. Neben dem Ausschalten der Taliban und von al-Kaïda als militärische Faktoren begab sie sich in den Krieg nach Afghanistan für ein unrealistisches politisches Ziel: nämlich dort ein politisches System nach westlichem Vorbild zu etablieren, das ihr, insbesondere aber den USA und einigen Erdölkonzernen, als stabiles geopolitisches „Standbein“ in der gesamten Region und darüber hinaus bis nach Zentralasien und in die unmittelbare Nachbarschaft zur neuen Supermacht China dienen kann. Dazu wurde im Dezember 2001 von der Bonner Afghanistankonferenz unter maßgeblichem Druck der USA beschlossen, als Präsidenten Hamid Karsai einzusetzen, der in den USA lebte und der Administration u. a. als Berater der US-Erdölfirma Unocal bestens bekannt war.

Mit dem Schock des 11. September und dem damit begründeten Beschluss des VN-Sicherheitsrats (ISAF-Mandat vom 20. Dezember 2001, Res. SC 1386¹) könnte man die militärische Intervention gegen die Taliban und al-Kaïda noch rechtfertigen. Das Weiterverfolgen jenes unrealistischen politischen Ziels, nämlich Deutschlands und des Westens Sicherheit am Hindu-kusch verteidigen zu müssen, verliert aber spätestens von dem Moment an

(*) Manuskript eines Vortrages, gehalten als Sprecher der Initiative deutscher „Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt“ bei der Podiumsveranstaltung zum Weltfriedenstag am 1. September 2010 in der Dreikönigskirche Dresden.

1 <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N01/708/55/PDF/N0170855.pdf?OpenElement>.

seine sicherheitspolitische Glaubwürdigkeit, als die Taliban und al-Kaïda Ende 2001/Anfang 2002 als militärische Kraft vernichtet und ausgeschaltet waren. Spätestens von diesem Moment an hätten die Regierungen der NATO-Staaten, darunter die Bundesregierung, vom Primat des Militärischen auf das des Politischen umschalten und eine Strategie der nationalen Aussöhnung der verschiedenen afghanischen Völker und nationalen Zentren einleiten müssen. Letzteres hätte einerseits die Einbeziehung politisch relevanter Vertreter der Taliban erfordert, allerdings auch das vom Westen bevorzugte Machtmonopol Karsais und sein damit verbundenes Ziel eines Zentralstaats westlichen Zuschnitts zur Disposition gestellt.

Dass die NATO einen solchen Strategiewechsel nicht vollzog, setzte einen Ursachen/Wirkung-Mechanismus in Gang, der dazu führte, dass der Krieg in Afghanistan nun schon länger als die beiden Weltkriege dauert. Die Wirkung jenes Mechanismus besteht darin, dass das Ziel, die traditionellen Herrschaftsmechanismen Afghanistans mit einem fremden westlichen Gesellschaftsmodell zu überziehen, den Taliban den Nährboden für ihr militärisches Comeback und einen breiten Widerstand bereitete, was wiederum das Militärische in den Vordergrund rückte.

Was nun die Wirkung jenes Mechanismus zugunsten von al-Kaïda betrifft, so hat Altkanzler Helmut Schmidt in seinen 28 Thesen² zu Afghanistan vom Januar dieses Jahres die Sache richtig bewertet: „Bei der seit zwei Jahrzehnten zunehmenden Neigung des Westens zu militärischen Interventionen bleibt es relativ leicht, an neuen Orten zusätzliche Koranschulen zu errichten und dort auch Dschihadisten und Terroristen auszubilden“. Als Ergebnis jener „Neigung“ (das ist sehr vorsichtig formuliert) ist al-Kaïda heute im Irak, Pakistan, Jemen, Somalia, Eritrea, auf den Philippinen und anderswo zu finden.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukommen: Werden militärische Ausgangsentscheidungen nicht mit einem erreichbaren *politischen* Ziel getroffen, nämlich einen Krieg mit einem politischen *Erfolg* beenden zu können, dann führt das bei einem militärisch *nicht* besiegbaren Gegner in die militärische *und* politische Niederlage. Vor diesem Doppeldilemma stehen heute die NATO und mit ihr die Bundesregierung.

2 Helmut Schmidt, Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen. Aber einen Abzug aus Afghanistan kann es nur mit den Amerikanern geben. Deutschland darf sich nicht isolieren, in: DIE ZEIT, 28.01.2010 Nr. 05; verfügbar auch unter <http://www.zeit.de/2010/05/Afghanistan>.

Das ist in etwa die Situation, die wir zur Zeit in Afghanistan erleben und in der sich beide befinden. Für die NATO, aber auch für die deutsche politische Klasse insgesamt, ist das selbstverständlich eine Katastrophe. Und für nicht wenige in ihren Reihen auch eine persönliche, die sie zu verantworten haben. Jedoch keiner von ihnen bringt den Mut auf zu einer Fehleranalyse und zu dem Bekenntnis, dass er (Mit-)Verantwortung für diese Katastrophe und die darin geopfert Leben trägt! Dabei versteht jeder nüchtern und rational Denkende die Londoner Konferenz vom Februar 2010³ als Eingeständnis der NATO und der Bundesregierung, dass sie in Afghanistan keinen militärischen Sieg zu erringen vermögen.

Für die NATO ist das eine Zäsur. Sie gesteht damit ein, dass sie die erste große Militäroperation ihrer Geschichte nicht gewinnen kann – eine Tatsache, die in der gesamten islamischen Welt mit größter Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen wird. Auch bei al-Kaïda!

Die Bundesregierung konnte sich jedoch weder in London noch danach dazu entschließen, ihre politischen Ausgangsfehler zu korrigieren und einer politisch-diplomatischen Regelung das Primat vor dem Militärischen einzuräumen.

Letzteres gilt für die sog. Antiterrorstrategie insgesamt. Bisher haben weder die Bundesregierung, noch die Führung der NATO die entscheidende Frage der Auseinandersetzung mit dem neuen „islamistischen Gegner“ beantwortet, nämlich: Wenn ich es mit einer neuen Art von Gegner zu tun habe – brauche ich dann nicht auch eine neue Art von Frieden? Auf eine solche Fragestellung zu kommen setzt allerdings voraus, dass Frieden in den Köpfen unserer Regierenden noch vorgesehen ist, angestrebt wird und der Wille besteht, den militärischen Weg schnellstens zu verlassen.

Letzteres ist das Bestreben unserer Initiative „Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt“, der Botschafter a. D. der diplomatischen Dienste der beiden früheren deutschen Staaten angehören.

In der Afghanistan-Problematik lassen wir uns von einer in Konfliktregelungen approbierten Weisheit leiten, die lautet: In einem mit der *Waffe nicht* gewinnbaren Konflikt kann es keine *militärischen Sieger* geben. Wer trotzdem kein *Verlierer* sein will, muss sich zu einer Lösung entscheiden,

3 Siehe dazu u. a. Kommunique der Londoner Konferenz vom 28. Januar 2010 – Afghanische Führungsverantwortung, regionale Zusammenarbeit, internationale, Partnerschaft. Verfügbar unter <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/343834/publicationFile/135835/100128-communique.pdf>;jsessionid=37DAEFA11D73A54CB330D375A2C1A270

in der *alle* Sieger sind. Da aber selbst ein militärisches Patt keine Sieger hat, liefert den Siegerlorbeer nur der Friedensschluss. Nur er erschließt den Seiten die Chance, doch noch ihr Gesicht zu wahren – als politische Sieger. Bekanntlich wird eine solche Friedensregelung „Win-Win“-Lösung genannt.

Von diesen Überlegungen ausgehend unterbreiteten wir den deutschen Außen- und Verteidigungsministern bereits vor der Londoner Konferenz folgende Einschätzung und Aufforderungen:

„1. Sämtliche Argumente, die der VN-Mandatsträger bereits in den vergangenen acht Jahren zum Rechtfertigen der Verlängerung seiner militärischen Präsenz in Afghanistan ins Feld führte, sind gescheitert. Die Priorität militärischer Mittel hat das Ziel verfehlt, Afghanistan zu Frieden, Stabilität und Entwicklung zu führen.

2. Der jetzt erörterte Strategiewechsel einer Afghanisierung des Kriegs gegen die Aufständischen ist zynisch, weil ihn die afghanische Armee ebenso wenig wie die NATO gewinnen kann. Es kann keine starken afghanischen Streitkräfte ohne eine starke afghanische Zentralmacht geben. Deren Schwäche ist unumstritten. Dieser Zustand wird so lange erhalten bleiben, wie eine demokratische Regelung der ethno-politischen Widersprüche in Afghanistan und ihrer Kernfrage – der nach dem Verhältnis zwischen der Zentralmacht und den anderen regionalen und nationalen Zentren – nicht erreicht ist. Gerade diese Kernfrage beließ der VN-Mandatsträger jedoch ungeregelt. Die Installation Karzais von außen hat ihre Lösung noch weiter kompliziert.

3. Der zunehmende militärische Erfolg der Taliban sowie einer wachsenden Anzahl weiterer Widerstandsgruppen wäre ohne stärker werdende Unterstützung aus der Gesellschaft nicht möglich. Es reicht daher heute nicht mehr aus, die Verantwortung für die extrem schlechte Situation in Afghanistan allein bei Warlords, ethnischen Rivalitäten, Opium oder islamistischem Extremismus zu suchen. Die entstandene Situation ist ganz wesentlich ein direktes Ergebnis einer Strategie, die die eigentlichen Schlüsselfragen einer Regelung für Afghanistan umgeht: was zu tun ist, um in Afghanistan schnellstens den Kriegsweg zu verlassen und weiteres Sterben, darunter deutscher Soldaten, zu beenden und wie geholfen werden kann, dass die afghanischen Völker zu innerem Frieden finden.

4. Die Afghanistanpolitik des VN-Mandatsträgers ist Teil einer Strategie, die in der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Extremismus und

seinen Ursachen das Schwergewicht auf militärische Mittel legt. Der überwiegende Verzicht auf politisch-diplomatische Prävention wurde in Afghanistan selbst noch zu einer Zeit beibehalten, da die Taliban als militärischer Faktor als weitgehend ausgeschaltet galten. Nach Irak führte diese Strategie auch in Afghanistan erneut in eine militärische, politische und humanitäre Katastrophe.

Bereits im Februar 2005 warnten 29 deutsche Botschafter a. D. gegenüber dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, dass eine solche Strategie keine Regelung der Probleme bewirken wird. Auch heute wird eine militärische Aufstockung lediglich dazu geeignet sein, die Feindschaft in islamischen Staaten und Gesellschaften gegen den Westen weiter anzufachen und Extremisten zu Gegenoffensiven in ihrem deklarierten ‚Dschihad‘ zu provozieren.

5. Der jetzige Träger des VN-Mandats hat sich in Afghanistan selbst so tief in den innerafghanischen Konflikt verwickelt, dass er zum Teil der Probleme und ihrer Ursachen geworden ist. Er ist als westliche Militärallianz in erster Linie deren Interessen verpflichtet und damit zur Wahrnehmung der neutralen Pflichten von Peace Building untauglich.

Daher bleibt nur noch eine Alternative: radikal einen Zustand zu beenden, in dem die Gewalt selbst Ursache und Motor ständiger Eskalation des Krieges geworden ist. Der Afghanistankrieg muss durch einen entschlossenen Übergang zu einer friedlichen Regelung über die Einleitung eines innerafghanischen Regelungs- und Friedensprozesses beendet werden.

Weiterhin ist konsequent an einer Entfeindung des Verhältnisses zwischen dem Westen und den islamischen Gesellschaften zu arbeiten.

Von diesen Wertungen ausgehend, unterbreiten wir folgende Überlegungen für den Übergang zu einer friedlichen Regelung des Afghanistan-Konflikts durch Einleitung eines innerafghanischen Regelungs- und Friedensprozesses:

I. Der Übergang zu einer friedlichen Regelung ist an folgenden Zielen und Kriterien zu messen:

1. an humanitären: Beendigung der Kampfhandlungen, Schutz der Zivilbevölkerung, Eindämmung von Flüchtlingsströmen;
2. an friedensstiftenden: schnellstmögliche Rückkehr zu friedlichen Bedingungen im Land durch das Schaffen eines Gesprächsformats für die Beendigung aller Kampfhandlungen, die Aufnahme von Friedensverhandlungen und die Regelung der Konfliktursachen;

3. an sicherheitspolitischen: Verhütung einer weiteren regionalen Ausweitung des Konflikts. Dazu müssen die Nachbarstaaten von vornherein in die Konfliktbearbeitung einbezogen werden. Erst der Beweis der Bereitschaft zu einer friedlichen Regelung in Afghanistan wird die Tür zu einer solchen auch in Richtung Pakistan öffnen.

II. Die universelle Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen für die internationale Sicherheit gilt es auch im Fall Afghanistan wiederherzustellen.

Eine Überprüfung des jetzigen ISAF-Mandats durch die Vereinten Nationen ist angesichts des Scheiterns aller bisherigen Instrumente des gegenwärtigen Mandatsträgers unumgänglich. Ein neuer VN-Mandatsentwurf sollte die Vereinten Nationen in die Verantwortung als Hauptträgerin internationaler, regionaler und nationaler Bemühungen um eine Afghanistanregelung zurückführen. Als zentral für einen neuen Mandatsentwurf gilt eine demokratische Regelung der ethno-politischen Widersprüche in Afghanistan und des Verhältnisses zwischen der Zentralmacht und den anderen regionalen und nationalen Zentren. Unumgänglich für die Stabilisierung der Lage ist die Erweiterung des regionalen Kontextes einer Regelung des Afghanistankonflikts. Für die militärische Sicherung eines Friedensprozesses könnte das Potential benachbarter Staaten Zentralasiens, Irans, Pakistans, Russlands, Chinas, Indiens, der Shanghai Cooperation Organisation sowie arabischer Staaten der Islamic Conference Organisation nutzbar gemacht werden.

III. Ein innerafghanischer politischer Verhandlungsprozess als Rahmen zur Erzielung einer „Win-Win“-Konstellation für alle inneren politischen, ethnischen und religiösen Kräfte Afghanistans ist einzuleiten.

Dabei dürfen radikale Kräfte nicht ausgeschlossen werden, denn sie sind ein zentrales Element der Probleme. Die Verhandlungen müssen ohne Vorbedingungen beginnen. Wenn die Taliban und andere Widerstandsgruppen den Abzug der ausländischen Streitkräfte fordern, so sollte im Interesse der Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit der Friedensfrage in Afghanistan darauf eingegangen werden. Seitens der jetzigen externen Streitmächte könnten eine Bereitschaftserklärung zum Abzug aus Afghanistan und die Vorlage eines mit dem VN-Generalsekretär abgestimmten Zeitplans eine fördernde Rolle spielen. Bei gutem Willen aller Seiten lassen sich dafür entsprechende Modalitäten erarbeiten und vermittelnde Verhandlungsformate finden – unterstellt, dass sich eine solche Forderung auf den Abzug von ISAF (NATO) und den US-Streitkräften bezieht, nicht aber auf einen

friedensunterstützenden Einsatz von Streitkräften neutraler Staaten unter VN-Mandat für die militärische Absicherung eines Regelungsprozesses.

IV. Schließlich geht es um erste inhaltliche Überlegungen zum Einstieg in einen innerafghanischen Verhandlungsprozess.

Dessen Inhalt müssten die afghanischen Seiten gemeinsam mit den VN erarbeiten. Folgende Stichpunkte können als vorrangig gelten:

1. Erarbeitung von Prinzipien und Mechanismen einer inneren Stabilisierungsphase;
2. Behandlung militärischer Fragen (Waffenstillstand, Überwachung, Charakter der Streitkräfte u. a.);
3. Erörterung der Fragen, die mit der inneren Zukunft des Staatsaufbaus und des politischen Systems Afghanistans zusammenhängen;
4. Wiederherstellung der afghanischen Wirtschaft;
5. Fragen eines rechtlichen Umgangs mit Kriegsverbrechen;
6. Inhalte einer Übergangsperiode zur Implementierung von unter 3. gefundenen Entscheidungen sowie Wege zur inneren Konsolidierung;
7. Mandat und Zusammensetzung einer internationalen Kontaktgruppe sowie anderer Fragen, die von afghanischer, regionaler und internationaler Seite für wichtig gehalten werden.

V. Entfeindung des Verhältnisses zwischen dem Westen und islamischen Gesellschaften der Region.

Der Glaubwürdigkeit ihrer Bereitschaft zu einer sofortigen Aufnahme von Gesprächen über eine friedliche Regelung des Afghanistankonflikts sollte insbesondere die EU mit einer Erklärung an die islamischen Völker zu einem Paradigmenwechsel untermauern. Es wäre zu verdeutlichen, dass ein solcher Wechsel den Beginn einer Politik bedeutet, die beruht auf der Respektierung der Integrität der Zivilisation des Anderen; der Anerkennung der Unterschiedlichkeit seiner Gesellschaften und ihrer politischen Systeme; dem Recht auf einen selbstbestimmten Entwicklungsweg, darunter einen sich am Islam orientierenden. Es geht um ein solches Verhältnis zu den islamischen Nachbarregionen, das langfristig zu einem Modus vivendi friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit führt. Ein solcher Paradigmenwechsel könnte der Einstieg in die Vertrauensbildung sein, um die tiefe antiwestliche Stimmung gerade in dieser Region abzubauen.

Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen für die Schaffung von Systemen kollektiver Sicherheit und Zusammenarbeit im nah- und mittelöstlichen Raum

sowie in seinen Subregionen (Persischer Golf, südlicher Mittelmeerrain) und in Südasien einsetzen.

Angesichts latenter Spannungen zwischen verschiedenen Staaten in diesen Regionen, empfunder oder tatsächlicher Sicherheitsdefizite, der Existenz von Atomwaffen, militärischer Ungleichgewichte und nahezu permanenter äußerer militärischer Präsenz erscheint es dringend geboten, sich in dieser Region für eine „Ordnung friedlicher Koexistenz“ einzusetzen.

Wir wenden uns mit diesen Überlegungen und Vorschlägen nicht nur an die Politiker, die die Londoner Konferenz vorbereiten. Vor allem wenden wir uns an die Zivilgesellschaft. Es bedarf ihrer Wortmeldung, um mit dem Desaster Afghanistan auch die Findung sicherheits- und außenpolitischer Orientierungen in die öffentliche Debatte zurückzuführen und ihre Reduktion auf enge Führungsstäbe und Geheimdiplomatie zu beenden.“⁴

4 Den Krieg in Afghanistan beenden und den Konflikt politisch-diplomatisch regeln. Vorschläge der "Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt" an die Teilnehmer der Londoner Konferenz. Volltext u. a. unter <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Afghanistan/diplomaten.html>. Siehe auch: Arne C. Seifert, Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politisch-diplomatische Regelung in Afghanistan, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) Standpunkte 03/2010, online unter http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_03-2010.pdf; Arne C. Seifert, Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) Standpunkte 11/2010, online unter http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_11-2010.pdf; Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt (Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel), 1. Januar 2009; online unter http://muslimliga.de/dmlb_stellungnahmen/Brief%20an%20Bundeskanzlerin%20Merkel%20Gaza_01-01-09.pdf.

Redaktioneller Anhang /Seite

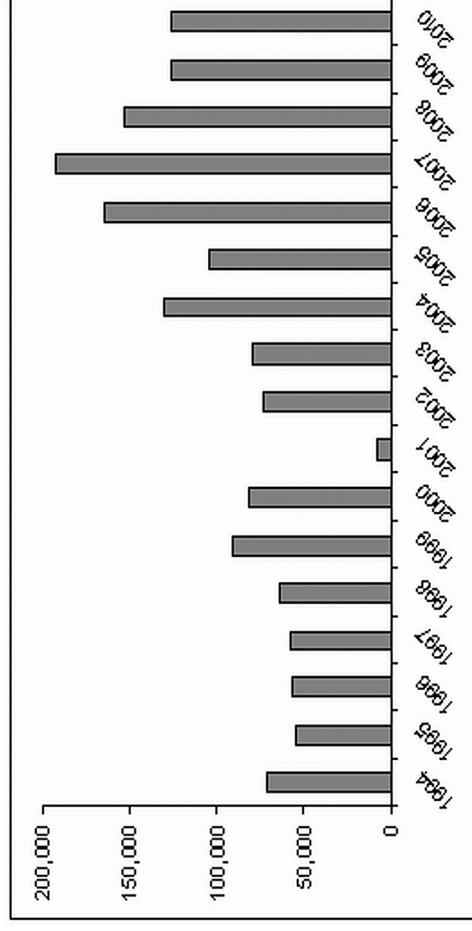
| | |
|---|------|
| Afghanistan – allgemeine Angaben | / 46 |
| Geografische Karte | / 47 |
| Verwaltungskarte (Provinzen) | / 48 |
| Karte der Ethnien in Afghanistan | / 49 |
| Karte des afghanisch-pakistanischen Grenzgebietes („Paschtunistan“) | / 50 |
| ISAF – Regionalkommandos (Tabelle) | / 51 |
| ISAF – Regionalkommandos (Karte) | / 52 |
| Thematische Karte SICHERHEIT und OPIUMANBAU | / 53 |
| Thematische Karte BODENSCHÄTZE | / 54 |
| Bild- und Kartennachweise | / 55 |
| Über die Autoren | / 57 |
| Aktuelle weitere Afghanistan-Dokumente und -Publikationen | / 58 |

AFGHANISTAN – Allgemeine Angaben

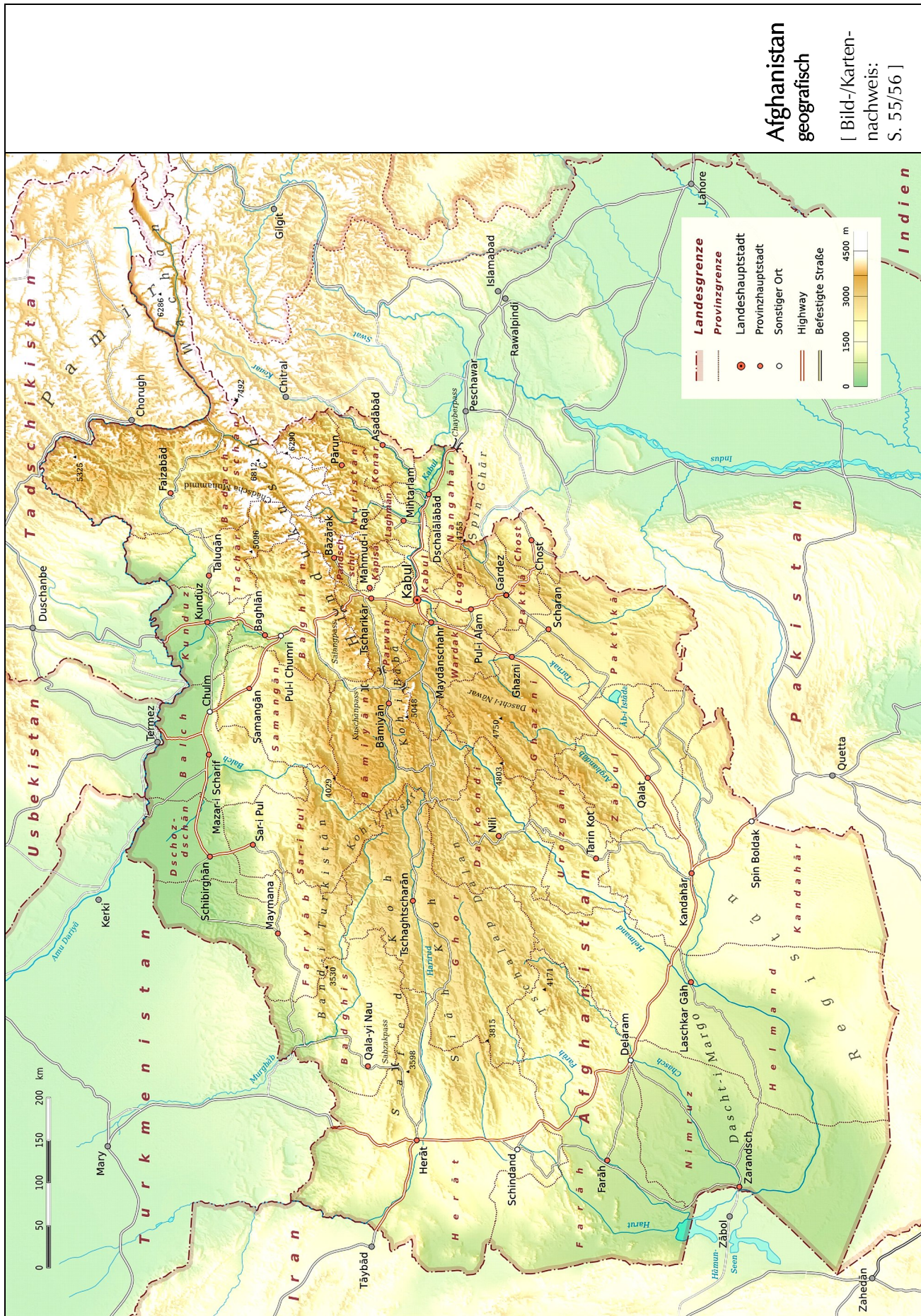
[Quellen: u. a. www.cia.gov/factbook; www.de/en/ru.wikipedia.com/afghanistan; viele der Zahlenangaben sind nur grob zutreffend.]

Binnenstaat in Zentral-/Süd-Asien
 Name: **Islamische Republik Afghanistan**
 (in Paschtu: **د افغانستان اسلامي جمهوریت**)
 Hauptstadt: Kabul (4,9 Mill. Einwohner)
 Fläche: 652 225 qkm, davon ca. drei Viertel unzugängliche Gebirgsregionen, weniger als 10 % unter 600 m Höhe; höchster Punkt: Gipfel Noshak (7485 m) im Hindukusch.
 Bevölkerung: 28 bis 32 Millionen Einwohner, ethnisch gegliedert in (Anteile grobe Schätzung) Paschtunen (42 %), Tadschiken (27 %), Hazara und Usbeken (je 9 %) sowie zahlreiche weitere kleine ethnische Gruppen (Aimak, Turkmenen, Baluchi, Nuristani u. a.);
 etwa 3 Mill. Afghanen befanden sich 2007 noch im Exil, davon ca. 2 Mill. in Pakistan (Peschawar!) und 910 000 im Iran.
 Landessprachen: offiziell Paschtu und Dari (Persisch), dazu viele weitere (ca. 49 Sprachen und über 200 Dialekte)
 Religion: 90 % Muslime (davon ca. 80-84 % Sunniten und 15-19 % Schiiten).
 Größere Städte: Kandahar (339 200), Mazar-e-Sharif (239 800). Herat (166 600). Dschalalabad (158 800), Kunduz (118 000).

Regierungsform: Republik, Präsidialsystem mit zwei Vizepräsidenten; Präsident und Ministerpräsident: Hamid Karsai, seit November 2009 in zweiter Amtszeit
 Verwaltungsgliederung: 34 Provinzen (siehe Karte auf Seite 48)
 Staatsgrenzen: Gesamtlänge 5529 km, davon 2430 km zu Pakistan, 936 km zum Iran, 744 km zu Turkmenistan, 137 km zu Usbekistan, 1206 km zu Tadschikistan und 76 km zu China.
 Wirtschaft: vor allem Landwirtschaft, Infrastrukturvorhaben (z.Zt. Bau-boom); BIP/pro Kopf (2010) lt. IWF: 486 USD (vgl. DE: 40 875 USD)
 Entwicklung der Anbaufläche (ha) von Rohopium (lt. UN-Angaben)



[Bildnachweis: S. 55/56]



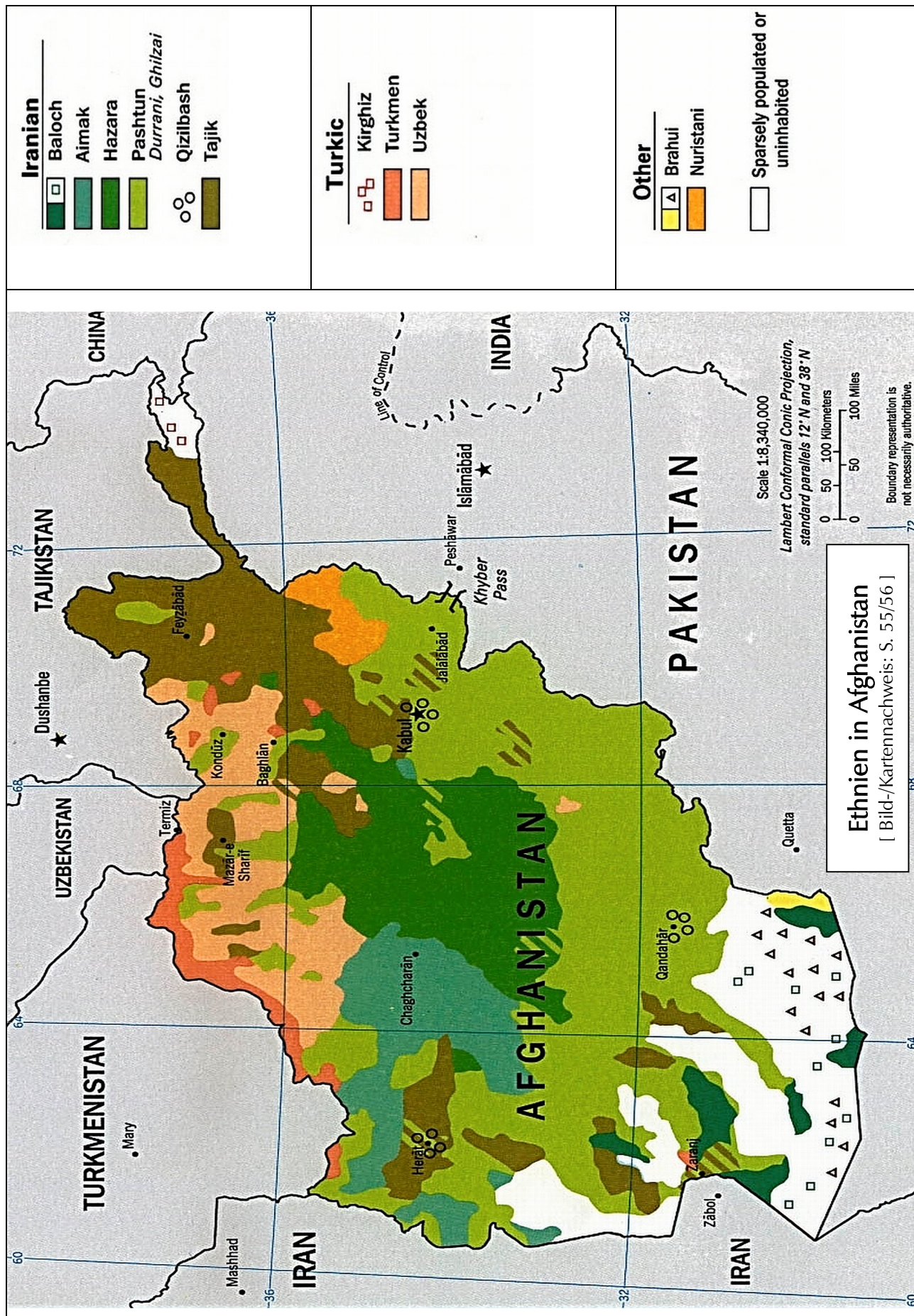


Verwaltungs-karte (Provinzen)

[Bild-/Kartennachweis: S. 55/56]

Department of Field Support Cartographic Section

Map No. 3658 Rev. 6 UNITED NATIONS July 2009





Afghanisch-pakistanisches Grenzgebiet („Paschtunistan“) gemäß Durand-Linie von 1893 [Bild-/Kartennachweis: S. 55/56]

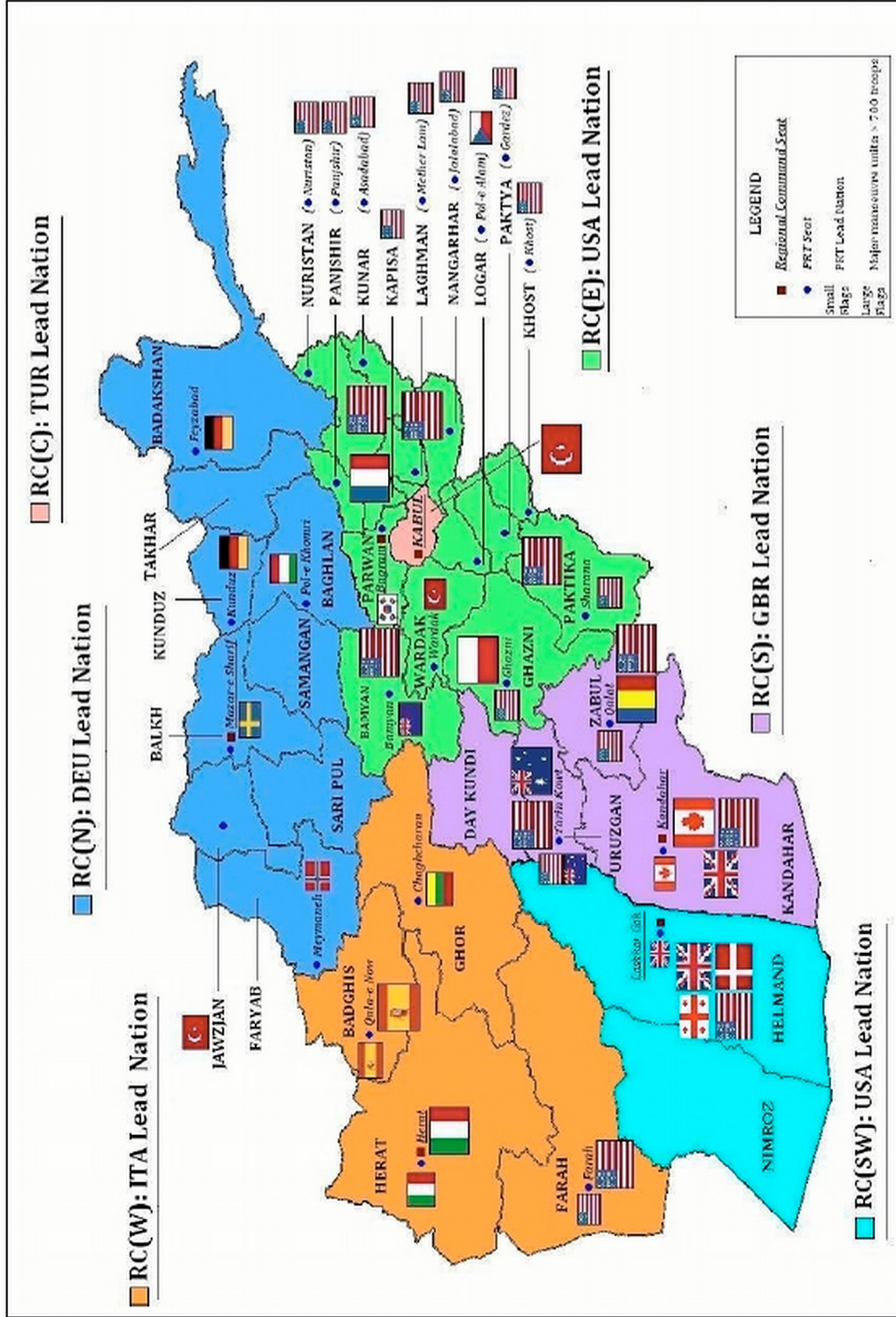
ISAF Hauptquartier: Kabul
 Commander: USA (20.01.2011: G David H. Petraeus)

ISAF Regional-Kommandos

- NORD** Hauptquartier: Mazar-e-Sharif
 Provinz: **Badakhshan, Baghlan, Balkh, Faryab, Jowzjan, Kunduz, Samangan, Sar-e Pul, Takhar**
Nationale Kontingente:
NATO-Mitglieder: Albania, Belgium, Croatia, Germany, Hungary, Latvia, Netherlands, Norway, U.S.
weitere: Armenia, Bosnia and Herzegovina, Finland, Former Yugoslav Republic of Macedonia, Mongolia, Montenegro, Sweden
 Führungsnation: **Germany**
- WEST** Hauptquartier: Herat
 Provinzen: **Badghis, Farah, Chor, Herat**
Nationale Kontingente:
NATO-Mitglieder: Albania, Bulgaria, Croatia, Denmark, Italy, Lithuania, Slovenia, Hungary, Spain, U.S.
weitere: Georgia, Ukraine
 Führungsnation: **Italy**
- SÜDWEST** Hauptquartier: Camp Leatherneck (Lashkar Gah?) (Helmand)
 Provinzen: **Helmand, Nimroz**
Nationale Kontingente:
NATO-Mitglieder: Denmark, Estonia, United Kingdom, U.S.
weitere: Bahrain, Georgia
 Führungsnation: **USA**
- SÜD** Hauptquartier: Kandahar Airfield
 Provinzen: **Daykundi, Kandahar, Uruzgan, Zabul**
Nationale Kontingente:
NATO-Mitglieder: Canada, France, Netherlands, Romania, Slovakia, U.K., U.S.
weitere: Australia, New Zealand, Singapore
 Führungsnation: **United Kingdom (GBR)**
- OST** Hauptquartier: Bagram Airfield
 Provinzen: **Bamyan, Ghazni, Kapisa, Khost, Kunar, Laghman, Logar, Nangarhar, Nuristan, Paktika Paktiya, Panjshayr, Parwan, Wardak**
Nationale Kontingente:
NATO-Mitglieder: Czech Republic, France, Poland, Turkey, U.S.
weitere: New Zealand, Republic of Korea, United Arab Emirates
 Führungsnation: **USA**
- CAPITEL** Hauptquartier: Camp Warehouse, Kabul
 Provinzen: **Kabul**
Nationale Kontingente:
NATO-Mitglieder: Albania, Bulgaria, Croatia, Greece, Portugal, Romania, Turkey, U.S.
weitere: Azerbaijan, Georgia, Macedonia
 Führungsnation: **Turkey**

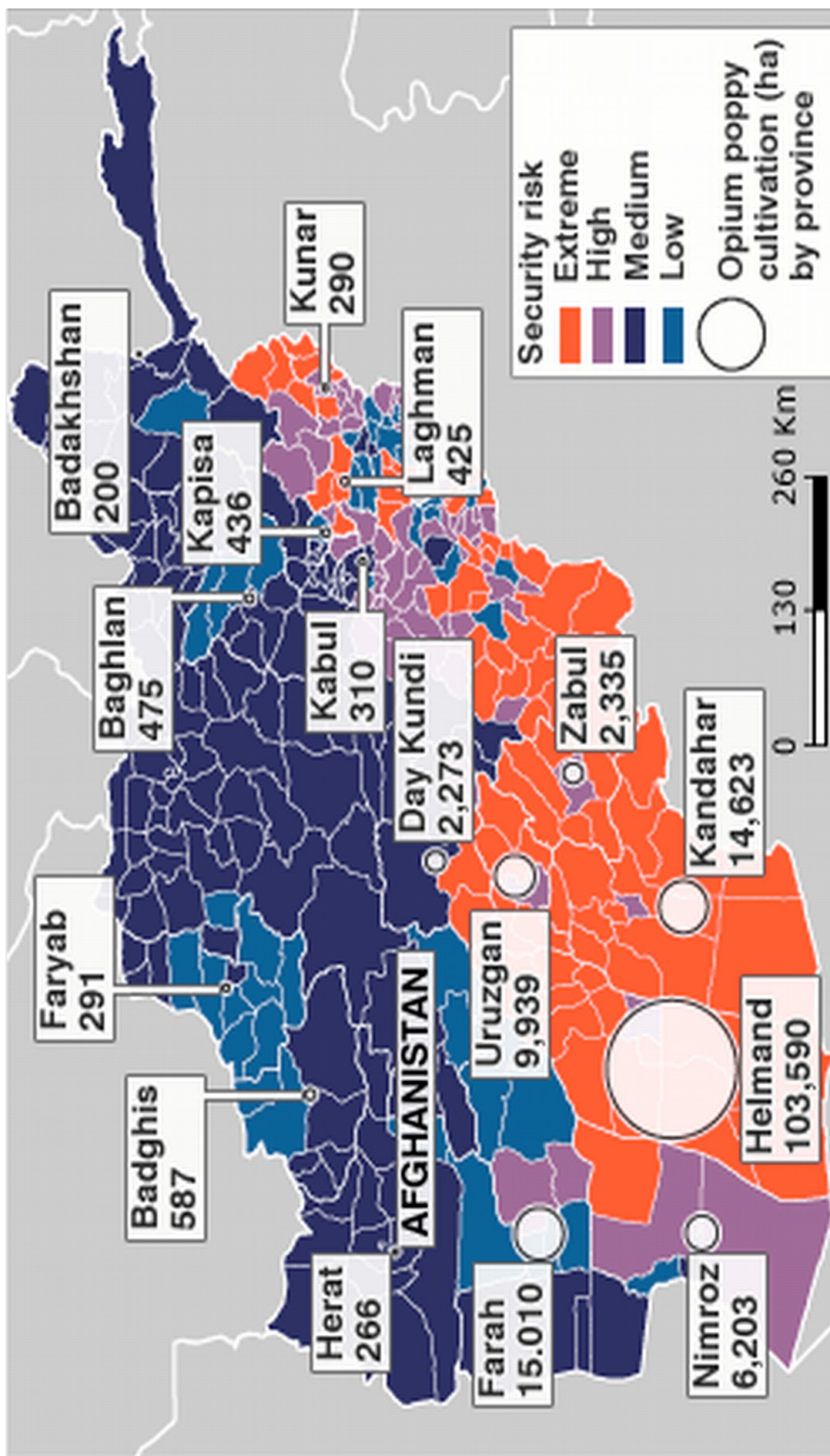


International Security Assistance Force
Regional Commands, Major Units, Provincial Reconstruction Teams



| Nationale Kontingente | |
|-----------------------|----------------|
| Albania | 258 |
| Armenia | 40 |
| Australia | 1550 |
| Austria | 3 |
| Azerbaijan | 94 |
| Belgium | 519 |
| Bosnia & Herzeg | 45 |
| Bulgaria | 589 |
| Canada | 2913 |
| Croatia | 311 |
| Czech Republ. | 472 |
| Denmark | 750 |
| Estonia | 139 |
| Finland | 165 |
| France | 3850 |
| Georgia | 924 |
| Germany | 4877 |
| Greece | 134 |
| Hungary | 522 |
| Iceland | 4 |
| Ireland | 7 |
| Italy | 3770 |
| Jordan | 0 |
| Rep. of Korea | 246 |
| Latvia | 190 |
| Lithuania | 179 |
| Luxembourg | 9 |
| Malaysia | 30 |
| Mongolia | 49 |
| Montenegro | 31 |
| Netherlands | 190 |
| New Zealand | 234 |
| Norway | 352 |
| Poland | 2488 |
| Portugal | 95 |
| Romania | 1664 |
| Singapore | 38 |
| Slovakia | 298 |
| Slovenia | 80 |
| Spain | 1505 |
| Sweden | 491 |
| .. Macedonia | 163 |
| Tonga | 0 |
| Turkey | 1815 |
| Ukraine | 17 |
| Un. Arab. Emirates | 35 |
| United Kingdom | 9500 |
| United States | 90 000 |
| Total | 151 750 |

ISAF – Regionalkommandos. Nationale Truppenkontingente. Regionale Wiederaufbauteams. Stand: Dezember 2010
[Bild-/Kartennachweis: S. 55/56]

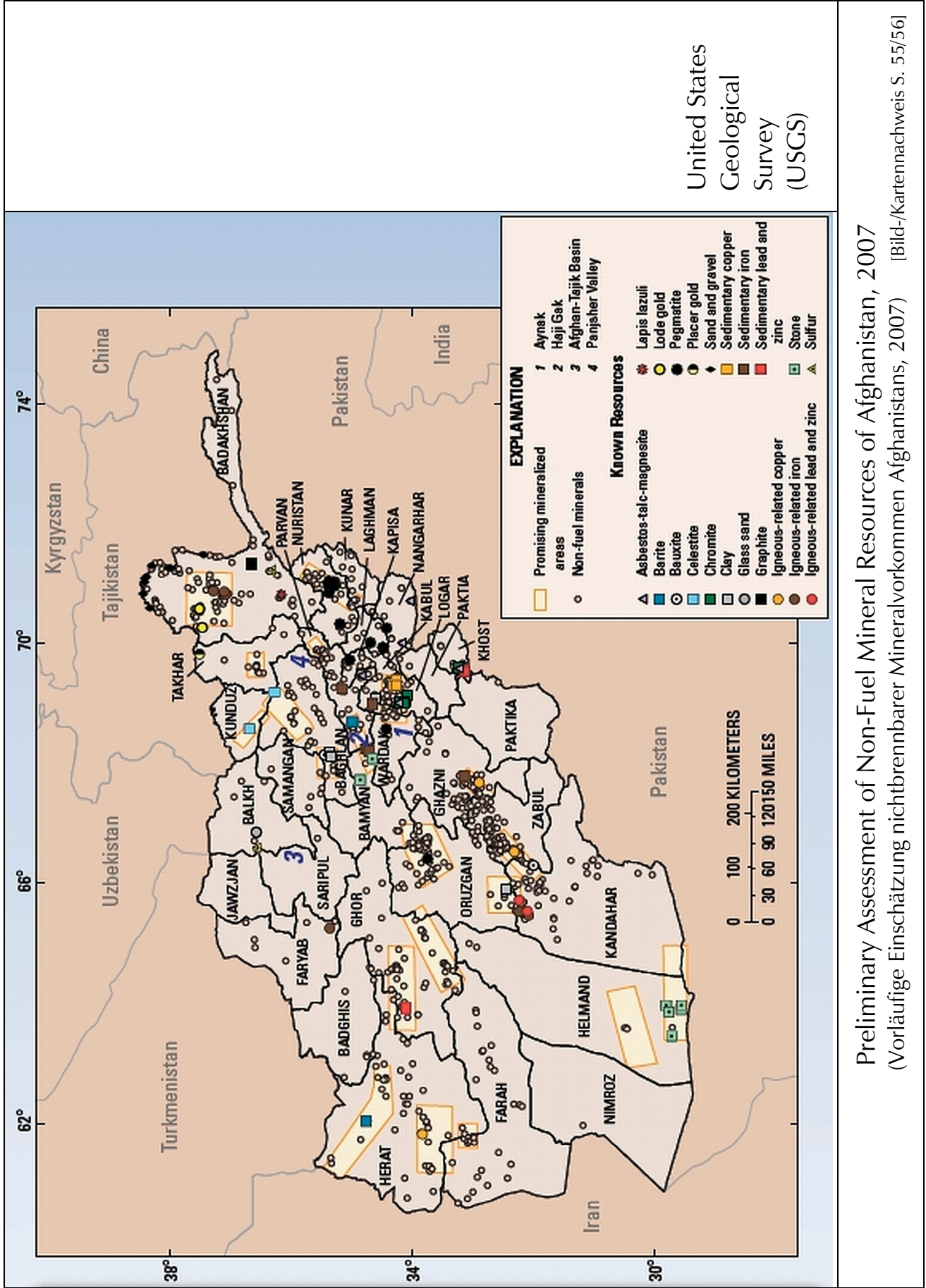


Karte der Sicherheitsrisiken und des Opiumanbaus in Afghanistans Provinzen in den Jahren 2007-2008

Nach **Redaktionsschluss: Neue, aktuelle Übersicht von 2010 unter**

http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghanistan_Opium_Survey_2010_web.pdf

[Bild-/Kartennachweis S. 55/56]



Preliminary Assessment of Non-Fuel Mineral Resources of Afghanistan, 2007
 (Vorläufige Einschätzung nichtbrennbarer Mineralvorkommen Afghanistans, 2007) [Bild-/Kartennachweis S. 55/56]

Bildnachweise

Bild 1, Seite 10

Quelle: Fotostream von Bundeswehr-Fotos <<http://www.flickr.com/photos/augustinfotos/4856659102/>>

Autor/Eigentümer: ©Bundeswehr/Kazda

Lizenz: Creative Commons, Namensnennung, keine Bearbeitung;

mehr unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/deed.de>

<http://commons.wikimedia.org/wiki/Commons:Weiterverwendung>

Bilder 2, 3 und 4, Seiten 16 und 17

Quelle: Online-Ausgabe des Taliban-Magazin (nur kurzzeitig im Internet einsehbar)

Bild 5, Seite 19 unten links

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Antonow_An-124

Autor/Eigentümer: Kennedy Space Center / NASA/Jim Grossmann

Dateiname: Antonov An-124 - Volga Dnepr RA-82045 at Kennedy Space Center.jpg

Lizenz: Gemeinfrei (Public Domain); mehr unter <http://www.jsc.nasa.gov/policies.html#Guidelines>

Bild 6, Seite 19 unten rechts

Quelle: Archiv Hagena

Autor/Eigentümer: ANTONOW

Lizenz: ANTONOW ANTK

Bild 7, Seite 20 oben

Quelle: <http://ru.wikipedia.org/wiki/Афганистан>

<http://www.defenseimagery.mil>; Still Asset Details for 080423-F-2828D-516

Dateiname: http://ru.wikipedia.org/wiki/Файл:Landscape_in_Afghanistan.JPG

Autor/Eigentümer: Master Sgt. Andy Dunaway, U.S. Air Force

Lizenz: Public Domain (US-Gov)

Bild 8, Seite 21

Quelle: Wikipedia, http://en.wikipedia.org/wiki/Khyber_Pass

Dateiname: KhyberPassPakistan.jpg

Autor/Eigentümer: Photo by James Mollison.

Lizenz: Creative Commons, Namensnennung. Mehr: siehe oben

Bild 9, Seite 26

Quelle: FBI-Fahndung-WebSite - http://www.fbi.gov/wanted/wanted_terrorists/usama-bin-laden/

Autor/Eigentümer: unbekannt

Lizenz: Public Domain (US-Government Document)

Bild 10, Seite 28

Quelle: Canadian Center for Policy Alternatives ; Foreign Policy Series, Volume 3, No. 1, Juni 2008

http://www.policyalternatives.ca/sites/default/files/uploads/publications/National_Office_Pubs/2008/A_Pipeline_Through_a_Troubled_Land.pdf

Autor/Eigentümer: Canadian Center for Policy Alternatives (CCPA), John Foster

Lizenz: Creative Commons

mehr: <http://creativecommons.org/>

Grafik (Anbaufläche Rohopium), S. 46

Quelle: UN Office on Drugs and Crime (UNODC), http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afg_opium_survey_2010_exsum_web.pdf

Autor/Eigentümer: UNODC

Dateiname: Afghanistan opium poppy cultivation 1994-2007b.PNG

Lizenz: Public Domain (by author ‚Briand74‘ and user ‚Goldzahn‘)

Karte Seite 47

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Afghanistan>

Autor/Eigentümer/User: Courtesy NASA/JPL-Caltech/-/User NordNordwest

Dateiname: Afghanistan physisch.png

Lizenz: Public Domain (NASA, US), CC-BY-SA-3.0; CC-BY-SA-3.0-DE; BILD-GFDL-NEU;
Licensed under the GFDL by the author.

mehr: <http://www.jpl.nasa.gov/imagepolicy/> und <http://commons.wikimedia.org/wiki/GFDL>

Karte Seite 48

Quelle: UN / Maps of the World; <http://mapsof.net>

Autor/Eigentümer: United Nations, Cartographic Section

Dateiname: http://mapsof.net/uploads/static-maps/un_afghanistan.png

Lizenz: Creative Commons; mehr: <http://mapsof.net/copyright.asp> und

<http://www.un.org/Depts/Cartographic/english/about.htm>

Karte Seite 49

Quelle: The University of Texas at Austin - <http://www.lib.utexas.edu/maps/afghanistan.html>

Autor/Eigentümer: unbekannt

Dateiname: http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/afghanistan_ethnoling_97.jpg

Lizenz: Public Domain - USGov-CIA-WF (materials came from the US CIA's World Factbook)

Karte Seite 50

Quelle: The University of Texas at Austin - <http://www.lib.utexas.edu/maps/afghanistan.html>

Autor/Eigentümer: UN

Dateiname: <http://www.un.org/Depts/Cartographic/map/profile/afghanis.pdf>

Lizenz: Public Domain

Karte/Grafik Seite 52

Quelle: NATO/ISAF, International Security Assistance Force Key Facts and Figures,
<http://www.isaf.nato.int/images/stories/File/Placemats/14DEC%202010%20Placemat.pdf>

Autor/Eigentümer: NATO/ISAF

Dateiname: <http://www.isaf.nato.int/images/stories/File/Placemats/14DEC%202010%20Placemat.pdf>

Lizenz: Public Domain; mehr:

Karte/Grafik Seite 53

Quelle: UN

Autor/Eigentümer: United Nations Department of Safety and Security

Dateiname:

[Afghanistan_map_-_security_by_district_and_opium_poppy_cultivation_by_province_2007_-_2008.gif](#)

Lizenz: Public Domain

Karte/Grafik Seite 54

Quelle: U.S. Geological Survey (USGS); <http://www.usgs.gov/>

Autor/Eigentümer: USGS

Dateiname: <http://pubs.usgs.gov/fs/2007/3063/fs2007-3063.pdf>

Lizenz: Public Domain (US-Gov); mehr: http://www.usgs.gov/visual-id/credit_usgs.html

Über die Autoren

Dr. Hermann Hagena, Brigadegeneral a. D., Jg. 1931

53125 Bonn 1

Kontakt: HuPBonn@aol.com

1951 Fulbright-Stipendiat am Hamilton College (USA), 1952 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften Marburg und Heidelberg, 1955 Staatsexamen; 1957 Dienst in der Luftwaffe (fliegendes Personal); 1959 Promotion zum Dr. iur. utr. an der Universität Heidelberg, Lehrverwendung an der US-Air Force Academy in Colorado Springs, 1968 Generalstabsausbildung, 1970 Referent Luftwaffe in der Stabsabteilung Planung im Führungsstab der Streitkräfte, Referatsleiter Ausbildung im Führungsstab der Luftwaffe, 1972 Lehrgangleiter, Chef des Stabes Ausbildung und Stellvertreter des Kommandeurs der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg, 1989 Versetzung in den Ruhestand und Studium der Slawistik in Bonn, beratende Tätigkeit in Osteuropa. 1991 Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik.

Veröffentlichungen in Fachzeitschriften, Buchpublikationen (Auswahl):

- Jagdflieger Werner Mölders. Die Würde des Menschen reicht über den Tod hinaus, Aachen 2008;
- Streitkräfte und Strategien, Baden-Baden 2000;
- Zivile Kontrolle von Streitkräften (mit Alexander Savinkin), Moskau 1999;
- Tiefflug in Mitteleuropa. Chancen und Risiken offensiver Luftkriegsoperationen, Baden-Baden 1990.

Dr. Arne Clemens Seifert, Botschafter a. D.; Jg. 1937

17268 Gerswalde

Kontakt: A.u.P.Seifert@T-Online.de

1954-1963 Studium Internationale Beziehungen/Diplomatie am Institut für Internationale Beziehungen, Moskau (Diplom 1963); 1964-1999 Tätigkeit im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR im Bereich Naher und Mittlerer Osten sowie Entwicklungsländer, darunter als Botschafter im Staat Kuwait und Abteilungsleiter; 1977 Promotion am Institut für Internationale Arbeiterbewegung, Berlin, mit einer Dissertation über die KP-Israels. 1996-1997 Mitglied der OSZE-Mission in Tadschikistan; 1998-2001 und 2002-2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. Berlin, Projekte u. a. Transformation des politischen Systems Tadschikistans und Abstimmung kooperativer Sicherheitsstrategien in der Regionalpolitik der OSZE am Beispiel Zentralasiens; Mitglied des Vorstands des Verbands für Internationale Politik und Völkerrecht e. V.; Zentralasienberater, externer wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH); Sprecher der Initiative deutscher Botschafter a. D. »Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt«.

Ausgewählte Veröffentlichungen (seit 2005):

- Reconsidering the Understanding of European-Near and Middle Eastern Stability. Middle East: Present Situation and Prospects. The Contemporary World Publishing House, Beijing 2008.
- Development, and the Policies and Relations of the EU with the South of the Mediterranean. Serious Debate Between Arab and European Left. The Third World Publishing House, Cairo 2008.
- Die Aussöhnung zwischen Europa und dem Islam in Eurasien, in: IFSH (Hg.), OSZE Jahrbuch 2004, Baden-Baden 2005, S. 301-316.
- Das Misstrauen überwinden, Die Macht der Moral, Religion und Politik im 21. Jahrhundert, Zeitschrift für Kultur Austausch, No. 2, 2005, pp. 48-52.

Aktuelle Afghanistan-Dokumente und -Publikationen (Auswahl)

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte am ISAF-Einsatz in Afghanistan

Antrag der Bundesregierung vom 13.01.2011 (Drucksache Bundestag 17/4402),

<http://www.auswaertiges->

[amt.de/cae/servlet/contentblob/561196/publicationFile/146234/110121-Antrag-ISAF-Mandat.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/561196/publicationFile/146234/110121-Antrag-ISAF-Mandat.pdf)

Beschluss 28.01.2011: Für das Mandat votierten (namentlich) 419 Abgeordnete, 116 stimmten dagegen. Es gab 43 Enthaltungen. Das Mandat gilt bis zum 31. Januar 2012.

Die Personalobergrenze bleibt bei 5.350.

Deutsche Bundesregierung, **Fortschrittsbericht Aghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages**, Berlin Dezember 2010, 108 Seiten;

<http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/556428/publicationFile/131785/101213-AFG-Fortschrittsbericht.pdf;jsessionid=EE8663DCA1A2FB2525CEBC48DFA8A784>

International Security Assistance Force (ISAF), **Key Facts and Figures**, (Stand: 14.12.2010),

<http://www.isaf.nato.int/images/stories/File/Placemats/14DEC%202010%20Placemat.pdf>

NATO-Gipfel November 2010 Lissabon, **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Staaten, die zu der unter einem VN-Mandat operierenden NATO-geführten Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) in Afghanistan beitragen,**

http://www.nato.diplo.de/contentblob/2970694/Daten/968933/Erkl_AFG_Lisboa_DLD.pdf

NATO-Gipfel November 2010 Lissabon, **Erklärung der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und der Regierung der Islamischen Republik Afghanistan über eine dauerhafte Partnerschaft**, auf dem NATO-Gipfeltreffen in Lissabon, Portugal, unterzeichnet,

http://www.nato.diplo.de/contentblob/2970696/Daten/968932/Partner_NATO_AFG_Lisboa_DLD.pdf

Department of Defense (US-Verteidigungsministerium), **Report on Progress Toward Security and Stability in Afghanistan, November 2010 (Fortschrittsbericht ... Afghanistan),**

http://www.defense.gov/pubs/November_1230_Report_FINAL.pdf

Presse- und Informationszentrum Einsatzführungskommando der Bundeswehr, **Hintergrundinformationen Afghanistan**, Stand: 10.09.2010,

http://www.bundeswehr.de/fileserving/PortalFiles/C1256F200023713E/W2763FP2146INFODE/02_ISAF_Afghanistan_1000909.pdf

Allensbach-Umfrage: **Wird Deutschland am Hindukusch verteidigt?**

Nicht die Bundeswehr steht in Deutschland in Zweifel, sondern der Sinn ihres Einsatzes in Afghanistan. Die Bürger wollen nicht Verantwortung in aller Welt übernehmen. Knapp die Hälfte fordert den bedingungslosen Abzug. Von Dr. Thomas Petersen,

<http://www.faz.net/s/Rub0CCA23BC3D3C4C78914F85BED3B53F3C/Doc~EF43EDA9FE3814A86B60E403BF4EFFB77~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (26.05.2010)

Hochauflösende **Karte des afghanisch-pakistanischen Grenzgebietes,**

http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/txu-oclc-308991615-afghan_pakistan_2008.jpg

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. v. (DSS)

Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 90: **Deutschland - europäische Zivilmacht oder weltweit agierende Militärmacht?**
16. Dresdner Friedenssymposium am 16. Februar 2008.
Beiträge: Gerda Krause, Monika Knoche, Elke Renner, Wolfgang Scheler, Horst Sylla, Horst Schneider; Dresden 2008, 34 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 91: **Die NATO vor neuen Entscheidungen**, Beiträge vom Podium zum Weltfriedenstag am 1. September 2008 in der Dresdener Dreikönigskirche
Dresden 2008, 38 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 92: **Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation**, Arbeitsübersetzung:
Egbert Lemke, Frank Preiß, Dresden 2008, 34 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 93: **Atomwaffen und Menschheitszukunft**
13. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 15. November 2008
Beiträge: Volker Bialas, Ernst Voit, Horst-Dieter Struening, Wolfgang Scheler, Detlev Bald
Dresden 2009, 54 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 94: **Gleiche Sicherheit für alle statt NATO-Vorherrschaft**
17. Dresdner Friedenssymposium am 17. Februar 2009
Beiträge: Gerda Krause, Peter Strutynski, Erhard Crome, Manfred Sauer, Horst Schneider, Horst Semmelmann, Detlev Bald; Dresden 2009, 70 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 95: **Militärakademie Friedrich Engels. Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung**
Beiträge zum Kolloquium am 10. Januar 2009 im Rathaus Dresden
Dresden 2009, 310 Seiten; 10,00 Euro.
- Heft 96: **Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020**
Arbeitsübersetzung: Egbert Lemke, Frank Preiß; Dresden 2009, 34 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 97: **Die Weltwirtschaftskrise und der Frieden**
14. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 21. November 2009
Beiträge: Dieter Klein, Horst-Dieter Struening, Siegfried Schönherr, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Endre Kiss; Dresden 2010, 80 Seiten; 4,00 Euro.
- Heft 98: **Frieden schaffen ohne Waffen!**
18. Dresdner Friedenssymposium am 20. Februar 2010
Beiträge: Gerda Krause, Inge Höger, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Siegfried Rumbaum
Dresden 2010, 36 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 99: **Militärdoktrin der Russischen Föderation** (vom 5. Februar 2010)
Arbeitsübersetzung: Rainer Böhme, Egbert Lemcke, Frank Preiß
Dresden 2010, 44 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 100: **Für Entmilitarisierung der Sicherheit.**
20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. v. (DSS)
Beiträge: Rolf Lehmann, Hermann Hagena, Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Egbert Lemcke, Siegfried Schönherr, Paul Heider, Eberhard Haueis, Joachim Klopfer; 11 Anlagen
Dresden 2010, 338 Seiten, 42 Abb., davon 31 farbige; 15,00 Euro.
- Heft 101: **Multipolare Sicherheit statt Pax americana.**
15. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 20. November 2010
Beiträge: Ernst Voit, Wolfgang Effenberger, Horst-Dieter Strüning, Volker Bialas und Wolfgang Scheler; Dresden 2011, 60 Seiten; 4,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. v. (DSS) informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>